

Annoncen-Annahme-Bureau
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streifand,
in Breslau b. Emil Rabath.

Annoncen-Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Daube & Co.,
Haacke & Vogler,
Rudolph Moll.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidentank“.

Posener Zeitung.

Adtzigster Jahrgang.

Freitag, 16. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

117.
Das Abonnement auf dieses Blatt drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Die Nothstands-Debatte.

Die allgemeinen Klagen über die Noth der Zeiten haben auch im Abgeordnetenhaus und zwar besonders bei der Verathung des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen ein Echo gefunden. Schon der Antrag des Abgeordneten Hammacher, die Gütertarifierhöhungen aufzuheben, wurde u. A. durch die schweren Erwerbsverhältnisse motivirt und dabei in erster Reihe auf den Nothstand der Montanindustrie (Kohlen- und Erzarbeiter) in Westfalen hingewiesen. Ganz direkt ohne Umschweife ist am Dienstag der Abgeordnete Dunder auf das Ziel losgegangen, die staatliche Intervention zur Hebung des Nothstandes zu erlangen. Sein Antrag lautete:

„Die Staatsregierung aufzufordern, Angesichts des wirtschaftlichen Nothstandes des Landes mit der Ausföhrung derjenigen öffentlichen Bauten und Arbeiten, zu denen Seitens der Landesvertretung die Mittel bewilligt sind, sofort energisch vorzugehen.“

Aus dem Wortlaut des Antrags wird nicht recht klar, ob darin ein Misstrauensvotum ausgesprochen werden soll, daß der Handelsminister bisher nicht energisch genug die öffentlichen Arbeiten und Bauten gefördert habe, aber die Parteistellung des Abgeordneten und die Motivirung, welche er seinem Antrage folgen ließ, konnten diese Vermuthung erwecken. Der Antragsteller brachte einen ganzen Korb voll Beschwerden gegen die staatliche Bauleitung vor. Wir erwarteten jeden Augenblick in seiner Rede den Nachweis zu lesen, daß eine Milliarde oder wenigstens ein halbe Milliarde zu öffentlichen Arbeiten angewiesen und noch nicht verwandt worden sei, weil die Regierung, unbekümmert um die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, gleichgiltig gegen den Nothstand des Landes, diese Summe, welche hingereicht hätte, Hunderttausende von Arbeitern zu beschäftigen, in den Kassen geschlossen habe.

Indessen Herr Dunder blieb diesen Nachweis schuldig und mußte die Erfahrung machen, daß der Handelsminister ganz energisch sein kann, wenigstens in der Zurückweisung von ungerechten Anschuldigungen. Der Abg. Hammacher konstatierte, daß der angegriffene Minister nur zwei Vorwürfe nicht habe entkräften können: Die Verzögerung in der Ausführung der öffentlichen Gebäude und die Systemlosigkeit in den Geldforderungen für Bauwerke. Ob und wie weit sie begründet sind, können wir nach dem zur Beurtheilung der Sache vorgelegten Material nicht entscheiden, aber angenommen, daß dem Handelsminister diese großen Fehler mit Recht zur Last gelegt werden, so ist doch nicht der Nachweis geliefert worden, daß diese Fehler der verbenden Arbeit grobe, von der Landesvertretung bewilligte Geldmittel vorenthalten haben. Im Gegentheil beilegte sich ein Parteigenosse des Antragstellers, der Abg. Windthorst-Bielefeld zu erklären, daß der mit den Unterschriften der Fortschrittspartei eingebrachte Antrag durchaus nicht den Zweck habe, dem Minister daraus einen Vorwurf zu machen, daß er die disponiblen und bewilligten Mittel nicht mit einem Male verausgabt hat, um dadurch vielleicht die jetzige Krisis zu vergrößern. Später versicherte Herr Dunder selbst, nicht ein Misstrauensvotum im Sinne zu haben. „Unser Antrag, sagte der Kreisrichter Windthorst aus Bielefeld, hat lediglich die Bedeutung bei dem wirklich vorhandenen Nothstand die Uebereinstimmung des Hauses und der Regierung zu konstatiren, demselben nach Möglichkeit (!) durch Ausföhrung von Bauten entgegen zu treten. Jedenfalls treiben wir hiermit (?) praktische (?) Sozialpolitik, indem wir den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen, denn das Recht auf Arbeit ist ein altes Schlagwort, das hier praktisch zur Anwendung gelangen kann.“

Das scheinbare Misstrauensvotum des Berliner Fortschrittsmanns verwandelt sich also bei dem Fortschrittsmann aus Bielefeld in die sozialistische Forderung des „Rechts auf Arbeit.“ Dieses Schlagwort mag in den Berliner Versammlungen die letzten Wochen häufig genug erklingen sein, daß aber gerade die Fortschrittspartei ihm einen berechtigten Platz im Parlament einräumt, muß uns Wunder nehmen. In diesem Lager wurde bisher nicht die Einnischung des Staats in das Wirtschaftsleben, sondern die Selbsthilfe gepredigt, und die Fortgeschrittensten der Partei behaupten sogar, der Staat habe keine andere Aufgabe als die Rechtssicherheit zu gewähren. Wir sind freilich anderer Ansicht. Der Staat hat unserer Ansicht nach die Pflicht, bei Nothständen helfend einzugreifen, soweit es im allgemeinen Interesse liegt, aber ein Recht, zu verlangen, daß der Staat ihm lobnende Arbeit gebe, hat Niemand.

Ob die Fortschrittspartei mit dem Dunderschen Antrage diese Ansichten ableugnen wollte? Wir glauben dies nicht, sondern suchen den Grund für die Anregung der Nothstands-Debatte in dem Umstande, daß ein großer Theil der Berliner Bevölkerung, welche unter den traurigen Erwerbsverhältnissen leidet, von der Regierung Hilfe erwartet und mehr den Sozialdemokraten als den Fortschrittler zu traut, die Regierung dahin zu bringen; und da bei der nächsten stattfindenden Nachwahl in Berlin Fortschrittler und Sozialdemokraten um den Sieg ringen werden, so mochte der Fortschrittspartei daran liegen, den Beweis zu liefern, daß sie ebenfalls energische Anträge stellen und energische Vorwürfe gegen die Regierung richten könne.

Der Sozialismus des Herrn Windthorst ist also unseres Erachtens ebenso sehr Schein wie das Misstrauensvotum des Herrn Dunder; und nachdem Herr Lasker mit ironischer Anspielung die Forderung der Antragsteller als einen jener harmlosen Anträge charakterisirt hatte, die nur gestellt werden, um zu zeigen, daß man sich mit dem Lande in Föhrung befinde, und nachdem der Handelsminister erklärt

hatte, daß er nichts gegen die Annahme einzuwenden habe, wurde der Antrag angenommen.

Das Vorgehen der Fortschrittspartei erinnert an das Manöver der Centrumsfraktion, welche Abhilfe des Nothstandes an der Wechselmündung verlangte, als die Stichwahl zwischen einem Ultramontanen und einem Liberalen in Danzig bevorstand. Daß Oppositionsparteien solche Gelegenheiten benutzen, um sich als die Wohltäter des Volkes zu zeigen, ist begreiflich, aber sie sollten nicht die kostbare Zeit in Anspruch nehmen, wenn sie nicht der Regierung wirkliche Fehler nachweisen können. Dies ist der Fortschrittspartei nicht gelungen und so wird ihr das Scheingefecht eher schaden als nützen. Die Radikalen werden den Antrag schwächlich und die Angriffe zu zahl finden; die gemäßigten Liberalen aber müssen die Kaskette mit den Sozialisten und die Wirkung solcher Reden bedauern, die darin besteht, daß die Unzufriedenheit gesteigert wird.

Deshalb war auch die ironische Behandlung, welche der Antrag von Seiten des Abgeordneten Lasker erfuhr, nicht unverdient. Das mythische Dunkel über die Summe der noch zu verwendenden Baugelder erhellte Herr Lasker plötzlich mit der Eröffnung, daß sie nicht mehr als 10 Millionen Mark betrage. Was ist das für so viele Millionen Menschen, die in Preußen unter dem Druck der Zeiten leben! Da war der Handelsminister vorsorglicher, er hat eine Vorlage über neue Kreditbewilligungen für außer gewöhnliche Staatsbauten ausgearbeitet und will sie „in den nächsten Tagen“ dem Hause vorlegen. Ob der Finanzmann der Fortschrittspartei, Herr Eugen Richter, diese „sozialistische“ Vorlage billigen wird? Sein Schweigen in der Dienstag-Sitzung scheint nicht darauf hinzudeuten, daß er mit dem Vorgehen seiner Fraktionsgenossen einverstanden ist.

Jedenfalls wird der Landtag zu prüfen haben, ob die „außer gewöhnlichen Bauten“ den Bedürfnissen entsprechen. Der Landtag hat in den letzten Jahren große Summen zu öffentlichen Bauten bewilligt. Außer den oben genannten 10 Millionen existiren noch 470 Millionen, welche in den nächsten beiden Jahren zu Eisenbahnbauten verwendet werden sollen. Der Minister Dr. Achenbach hat die Öffnung ausgesprochen, daß alle projektirten Staatsbahnen im Jahre 1879 fertig sein werden. Möchte diese Hoffnung, zu deren Verwirklichung der Handelsminister viel beitragen kann, sich erfüllen. Die Vorbereitungen zu dem Bau der Bahnlinie Posen-Schneidemühl-Belgard ziehen sich ungewöhnlich in die Länge. Der Handelsminister richtete an die Abgeordneten die Bitte, überall in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß der Grunderwerb insoweit erleichtert werde, daß die Grundeigentümer mindestens vorläufig den Besitz an die Bahn abtreten und die Entschädigungsfrage der späteren Lösung überlassen mögen. Andernfalls muß stets das Expropriationsgesetz in Anwendung gebracht werden, und das ist so eingerichtet, daß bei eintretendem Widerspruch der Bahnbau auf Jahre hinausgeschoben werden muß?

Ob ähnliche Schwierigkeiten den Bau der Staatsbahn in Posen verzögern, ist uns unbekannt.

△ Berlin, 14. Febr. Alle Mittheilungen über Vorlagen für die nächste Reichstags-Session sind mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn es besteht bis jetzt wenigstens die Absicht, die Session möglichst auf die Verathung des Reichshaushalts zu beschränken und außerdem nur die dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben vorzunehmen. Daher ist auch irrthümlich, was über die Vorlage eines Reichs-Bereinsgesetzes geschrieben wird. Ebenso wie im Landtage, so sollen nach der Absicht der Reichsregierung auch im Reichstage erst während des nächsten Winters größere legislative Arbeiten in Angriff genommen werden. — Für die morgen stattfindende Plenarsitzung des Bundesraths sind u. A. der Antrag der Justizkommission über den Sitz des Reichsgerichts und der mindliche Bericht über die weitere Ausprägung von Goldmünzen in Kronen und halben Kronen auf die Tagesordnung gesetzt worden. — Die Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Justizwesen haben über den Antrag Preußens wegen Reform der Aktiengesetzgebung Bericht erstattet und den Antrag gestellt, der Bundesrath wolle den Reichskanzler ersuchen, den Entwurf eines Gesetzes auszuarbeiten und vorlegen zu lassen, welches, unabhängig von der Revision des Handelsgesetzbuches und unbeschadet der mit dieser demnächst zu verbindenden generellen Revision des gesamten Handelsgesellschaftsrechts, den Ausföhrungen bei der Gründung, der Verwaltung und dem geschäftlichen Betriebe der Aktienunternehmungen entgegenzuwirken geeignet ist. — Im Etat für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen sind die Einnahmen auf 37,555,000 Mark gegen 37,140,000 Mark im Vorjahre veranschlagt worden, die fortdauernden Ausgaben auf 27,615,000 Mark gegen 27,667,000 Mark. Es ergibt sich also ein Ueberschuß von 9,940,000 Mark. Die einmaligen Ausgaben betragen 365,306 Mark gegen 317,610 Mark. Dieselben umfassen die fünfte Rate des Betrages zur Subvention der Gotthardbahn und die sechste Rate zur Erwerbung der Eisenbahn von Colmar nach Münster.

Der Marine-Stat für 1877/78 veranschlagt die Einnahmen auf 422,394 Mark (187,864 Mark mehr als im Vorjahre), die fortdauernden Ausgaben auf 22,284,613 Mark (1,216,132 Mark mehr) und die einmaligen Ausgaben auf 25,632,226 Mark (gegen 27,769,300 Mark). Zu letzteren treten aber noch, zur Wiederergänzung der im Etat für 1876 mit Rücksicht auf die Bestände des Restenfonds vorläufig abgesetzten 23,000,000 Mark, 2,884,774 Mark, so daß also die einmaligen Ausgaben sich auf 28,517,000 Mark erhöhen, während dieselben im Jahre 1876 um jene 23,000,000 Mark vermindert wurden. Die Mehrforderung beträgt demnach für das nächste Jahr 23,807,700 Mark. Es wird beabsichtigt, zur Deckung dieser einmaligen Ausgaben 4,000,000 Mark aus den ordentlichen Einnahmen des Reichs zu entnehmen und den Rest durch eine Anleihe zu beschaffen. — Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich u. A. auch 300,000 Mark als erste Rate für den Bau eines neuen Artillerieschiffes, da das jetzige, der „Menon“, höchstens noch zwei Jahre brauchbar ist und den artilleristischen Anforderungen der Neuzeit nicht mehr entspricht. Der Bau eines neuen Schiffes ist daher unvermeidlich, weil eine gründliche Ausbildung der Offiziere und Mannschaften nur an Bord

eines zweckmäßig eingerichteten Artillerieschiffes möglich ist. Die Kosten eines solchen Artillerieschiffes sind ohne Artillerie-Ausrüstung auf 1,000,000 Mark zu veranschlagen. Mit Rücksicht aber darauf, daß die Thätigkeit der Werften anderweitig in Anspruch genommen ist, wird zunächst für das folgende Etatsjahr nur der Betrag von 300,000 Mark festgestellt.

Ueber die voraussichtliche Dauer der Landtags-Session schreibt die halbamtliche „Prov.-Korr.“:

Die Verathungen des Staatshaushalts im Abgeordnetenhaus dehnen sich über jede ursprünglich gehagte Erwartung aus. Da, abgesehen von anderen geringeren Abschnitten besonders noch der gesammte Etat des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsverwaltung zu verathen ist, bei welchem voraussichtlich wieder eine Reihe von grundsätzlichen Erörterungen, namentlich von Seiten der ultramontanen Partei, angeregt werden dürfte, da ferner noch eine Anzahl von Fragen aus anderen Etats zur Vorberathung an die Budgetkommission gewiesen ist, deren demnächstige nochmalige Erörterung im Hause selbst bevorsteht, so wird die zweite Session des Etats sich wohl bis gegen Ende der nächsten Woche ausdehnen und die dritte kaum vor Schluß des Monats Februar beendet sein.

Daneben wird das Abgeordnetenhaus noch Zeit gewinnen müssen, um einige Vorlagen von dringlicher Bedeutung, welche die Staatsregierung neuerdings noch einzubringen veranlaßt war, namentlich in Betreff der Theilung der Provinz Preußen und der Berlin-Dresdener Bahn, in weitere Verathung zu nehmen.

Wenn auch das Herrenhaus nach seiner gewohnten Geschäftsbehandlung sowohl den Staatshaushalt, dessen einzelne Theile inzwischen in der Kommission vorberathen werden, wie auch die vom Abgeordnetenhaus hinüberkommenden Gesetzesentwürfe gewiß in thunlichst kurzer Frist zu erledigen bereit ist, so wird doch die Landtags-Session sich jedenfalls in die erste Märzwoche hinein erstrecken und somit bedauerlicher Weise wiederum ein längeres gleichzeitiges Tagen des Reichstages und des Landtages nicht zu vermeiden sein.

Wie uns geschrieben wird, soll man im Abgeordnetenhaus schon jetzt auf Grund der Rollenvertheilung im Zentrum annehmen, daß die Debatte über den Kultusetat sechs Tage in Anspruch nehmen werden. Innerhalb aller gemäßigten Parteien herrscht über den Gang und den Ton der Verhandlungen entschiedener Mißmuth und lebhaftes Bedauern, doch scheint man kein geschäftsordnungsmäßiges Mittel zu besitzen, um dem Zustand ein Ende zu machen.

In einem Artikel „die Regierung und die Sozialdemokratie“ will die „Prov.-Korr.“ nachweisen, daß die Regierung rechtzeitig die Gefahren der sozialdemokratischen Bewegung erkannt habe. Es erhebe dies aus den Reden des Fürsten Bismarck und des Grafen Eulenburg bei Gelegenheit der Verathung der Straßenges-novelle im Reichstage, vornehmlich bezüglich des Paragraphen, welcher eine strenge Bestrafung der öffentlichen Angriffe gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigenthums bewirkt. Der Paragraph wurde bekanntlich damals abgelehnt. Weiter sagt das Blatt:

Die Regierung darf wohl erwarten, daß die Gesichtspunkte, von welchen sie damals ausging, auf Grund der neuesten Erfahrungen heute schon in einem entprechenderen Lichte erscheinen, als es vor einem Jahre der Fall war. Wenn die Wege, welche sie damals zum Schutze des Staatswohls einschlugen gefunden war, zunächst auf lebhaften Widerstand stießen, so wird es eine der dringlichsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein, über die zur Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft wirksam einschlagenden Wege eine Verknüpfung unter allen wahrhaft konservativen und staatsverhaltenden Kräften herbeizuföhren.

Das scheint auf neue Strafgesetznovellen und Polizeimaßregeln hinauszulaufen! Eine festsame Weisheit! Zuerst zieht man die Sozialdemokratie durch das allgemeine direkte Wahlrecht groß und dann will man sie zum Anstand erziehen — mit Strafen und Polizeimitteln!

Deutschland.

Berlin, 14. Februar.

— Verschiedene Wahrnehmungen neuester Zeit ergeben, daß der Verzicht der kaiserlichen deutschen Regierung auf Vetheiligung bei der nächsten pariser Ausstellung nicht allgemein als un-widerruflich angesehen wird. Mit Bezug hierauf schreibt der „Reichs-anzeiger“:

Gegenüber einer Auffassung, welche Angesichts der deutschen Er-wiederung auf die erorgane Einladung nur auf völligem Mißver-ständniß beruhen kann, ist im Interesse deutscher Industrieller hervor-zuheben, daß die Sachlage, welche seiner Zeit für die endgültige Ent-scheidung maßgebend war, ihrer Natur nach die Möglichkeit einer Aenderung aus sich selbst. Ebenfalls ist auch bereits amtlich darauf aufmerk-sam gemacht worden, daß das Reglement der Ausstellung den direkten Verkehr einzelner fremder Aussteller mit der General-Aus-stellungs-kommission nicht zuläßt, die Vetheiligung einzelner deutscher Aussteller somit ausgeschlossen ist.

Hierdurch wird auch der Handelskammer zu Meß eine Antwort erteilt, welche nach einer allerdings aus französischer Quelle stammenden Meldung einstimmig den Beschluß gefaßt haben soll, im Hinblick auf die industriellen Interessen der Reichslände ein elsfäßi-lothringisches Komitee zu ermächtigen, wegen einer Vetheiligung El-saß-Lothringens an der Weltausstellung mit dem französischen General-Kommissariat direkt zu unterhandeln und bei der Reichs-regie-rung um Ausverföhrung der erforderlichen Mittel in dem Etat der Reichslände zu petitioniren.

— Die vom Handelsminister einberufene Eisenbahnkonferenz zur Verathung der Tarireform hat am 13. d. ihre Arbeiten beendet. Wie gemeldet wird, wurden die Bestimmungen über die Bedeckung der Güter und die Klassifikationen der Spezialtarife festgesetzt und dabei noch eine große Anzahl von Ermäßigungen bewilligt. Eine Redaktionskommission ist niedergesetzt worden, welche die gefaßten Be-schlüsse feststellen soll und bereits am Donnerstag mit ihren Arbeiten

beginnen wird. Die Vertreter der Privatbahnen gaben die Erklärung ab, daß sie ihrerseits die gefassten Beschlüsse als definitive akzeptierten in der Voraussetzung, daß über die Fragen, welche die Stellung der Privatbahnen zum Tarifsystem betreffen, eine Verständigung erreicht werde; auch fügten dieselben hinzu, daß sie ihrerseits zur Beschleunigung der Sache alles Mögliche thun würden. Nachdem der Ministerialdirektor Weishaupt die Verhandlungen für geschlossen erklärt und der Versammlung gebannt hatte, sprach der Geh. Regierungsrath Simon, Vorsitzender der Berlin-Hamburger Bahn, Namens der versammelten Eisenbahnen der preussischen Regierung für die energische Förderung, welche durch sie dem Werke der Tarif-Einigung zu Theil geworden, und speziell dem Herrn Weishaupt für die sachverständige und unparteiische Leitung der Verhandlungen den Dank der Bahnverwaltungen aus. Herr Weishaupt dankte den versammelten Herren auch seinerseits für die von ihnen betätigte Mitwirkung und versprach, auch ferner die Tarif-Regelung nach Kräften zu fördern.

— Das Gerichtsverfassungsgesetz und das Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz sind, wie der „Reichs-Anz.“ meldet, von dem Kaiser unterm 27. Januar vollzogen und in Nr. 4 des „Reichs-Gesetzblattes“ publiziert worden.

— Die Ernennung eines Unterstaats-Sekretärs für das Ministerium des Innern wird, wie aus Abgeordnetenkreisen verlautet, zum Beginn des neuen Etatsjahres erwartet. Unter den dafür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten wird außer dem Bezirks-Präsidenten v. Ernsthausen in Kolmar jetzt auch der Regierungs-Präsident Steinmann in Arnberg genannt.

— Der Legationsrath a. D., Graf Hermann v. Arnim, ist, wie man hört, gegen den Staatsanwalt Tessenborn klagbar geworden, und zwar wegen der Beleidigung, die darin liegen soll, daß der Staats-Anwalt ihn in dem Gelsen'schen Prozesse der Mittheilung an der „Reichsglocke“ bezichtigt habe.

— Vom Bureau-Direktor des Reichstages Geh. Rath Happe ist soeben die Geschäftsübersicht aus der letzten Session des Reichstages in gewohnter Treue erschienen. Namentlich alle diejenigen, welche sich für die Verhandlungen der Justizgesetze im Reichstage interessieren, wird die Zusammenstellung von großem Nutzen sein.

— Herr Dr. Rudolf Meyer erklärt in der „Germ.“ folgende Erklärung: „In meinem Buche „Politische Gründe“ ist auf Seite 111 in sofern ein Irrthum untergelaufen, als der bekannte Profurist des Hauses Bleichröder, Herr Weber, Freund und „Fraktionsgenosse“ des Abgeordneten Lasker genannt wird; Herr Weber ist nicht „Fraktions-“, sondern nur „Parteigenosse“ des Herrn Lasker und mit dem Mitgliede des Reichstages und Abgeordnetenhaus, Herrn Stadtrath Dr. Max Weber, nicht zu verwechseln. Ein weiterer Irrthum, zu welchem ich zu meinem Bedauern inbegriffen worden bin, findet sich in dem Buche insofern, als darin angegeben wird, das Haus S. Abel jun. und indirekt die Dresdener Bahn sei aus dem Welfenfonds und überhaupt vom Staate unterstützt, und dies Haus gehöre zu den Mitbegründern der „Eisenbahnzeitung“. Ich nehme gern Veranlassung, diese irrthümlichen Angaben hiermit ausdrücklich zu berichtigen.“

— Die Frage über die Echtheit der Moabitischen Altertümer ist nach einem Aufsatze des Professor Schlottmann in Halle, welchen die „Allg. Ztg.“ enthält, in ein neues Stadium getreten. Es sind darin Mittheilungen eines schwedischen Reisenden, Dr. Almqvist von Uppsala, gegeben, welcher selbst eine unberührte Grabstätte in der Gegend von Döben und Ruben aufsuchte, die Wand, welche sie verhielt, in seiner Gegenwart durchhauen ließ, und dahinter eine Urne fand, in ihrer Inschrift und sonstigen Beschaffenheit durchaus entsprechend den Exemplaren des Berliner Museums. Almqvist, welcher bekant, mit äußerster Skepsis an die Erforschung gegangen zu sein, ist jetzt vollständig von der Echtheit der analogen Alterthümer überzeugt.

Cleve, 12. Febr. In Bezug auf das Duell zwischen dem Hauptmann von Diemar und dem früheren Freiwilligen v. Schütz verlautete bekanntlich, dasselbe sei durch beleidigende Ausdrücke des Ersteren im Dienst herbeigeführt worden. Ein Ungekannter schreibt nun der „Kreuz-Ztg.“: „Verdächtig kann ich im Interesse der Sache und Interesse der Armee nur angeben, daß das Duell zwischen den beiden Genannten nicht seinen Grund in Ausdrücken zu suchen hatte, welche während der Dienstzeit des Herrn von Schütz diesem von seinem Kompagnie-Chef zu Theil geworden, sondern in Ursachen, die keineswegs mit den dienstlichen Vorgängen in unmittelbarem Zusammenhange standen. Beleidigende Ausdrücke sind gefallen seitens des Hauptmanns von Diemar gegen von Schütz. Letzterer hat deswegen aber ordnungsmäßig Beschwerde geführt und vollkommen Recht und Genugthuung erhalten.“

Nachen, 12. Febr. Hier ist dieser Tage, wie die „Elb. Z.“ meldet, der Kanonikus Dr. Bock, welcher schon vor längerer Zeit wegen Außerachtlassung strafgesetzlicher Bestimmungen vor Gericht gestanden, demnächst in den Verdacht gerieth, in Münster sich Handlungen beilegt zu haben, die gegen die Sittlichkeit verstoßen, ein Verdacht, von dem er sich durch eine kürzlich erlassene öffentliche Erklärung zu reinigen versucht — auf Anordnung des Untersuchungsamtes in gerichtliche Haft genommen. Es soll sich diesmal wiederum um gräßliche Verletzung des Sittlichkeits-Paragrafen des Strafgesetzbuches handeln und die betreffenden Handlungen sollen wiederum mit Eisenbahnreisen des Genannten in Verbindung stehen und neueren Datums sein.

Düren, 10. Februar. In dem benachbarten Orte Voich haben, wie die „D. B. Z.“ mittheilt, die Bauern die Beiträge, welche von ihnen für das Gehalt ihres Seelsorgers gezahlt werden sollten, „gehehrt“, weil dieselben nicht mehr exekutorisch eingetrieben werden. Gültliche Vorstellungen fruchteten nichts, da diese sonst sehr folgamen Katholiken ihren Geldbeutel selbst für die Seelsorge nicht gern öffnen und meinen, ihr reicher Herr „Rektor“ könne von seinem Privatvermögen seinen Unterhalt befreien. Derselbe ließ sich jedoch die über ihn verhängte Sperrung nicht bieten und daher im Orte ausschellen, daß er seine Heerde verlassen werde, wenn sie ihm den verdienten Lohn vorenthalte. Da die Mahnung vergeblich war, so ist die Drohung seit einigen Wochen vollzogen. Die Bauern traben nun Sonntag im Schutze nach den nächsten Orten zum Gottesdienste, aber ihr Geld hatten sie fest. „Liberal“ wollen sie nun einmal nicht sein!

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Ein am 9. d. in dem Salon de Familles in der Vorstadt Saint Mandé abgehaltenen Bankett der bekanntlich mit sechsmonatlicher Suspension belegten radikalen „Droits de l'homme“ zählte etwa siebenhundert Theilnehmer. Als Schmuck prangte in dem Saale eine Büste der Republik mit phrygischer Mütze und ferner eine auf weißem Ratten gedruckte riesige Bistenkarte. A. . . , wie denn auch zu Ehren desselben bekannten Unbekannten (Nobisfort), der aus besonderen persönlichen Gründen nicht erscheinen konnte, ein Plag am Ehrenstische leer blieb. Unter dem Plakate war eine rothe Fahne angebracht, die Speisekarten waren auf rothem Papier gedruckt, die Gäste trugen rothe Immortellen im Knopfloch und den Präsidententisch schmückte ein Strauß dunkelrother Rosen. Die am häufigsten Führer der Partei, wie Nadier de Montjau, Maquet,

Laureant-Bichat und Ledron, hatten sich brieflich entschuldigt und so blieb als Tischredner nur der pariser Gemeinderath Yves Gayot übrig, welcher nicht ohne Humor die Leidensgeschichte der „Droits de l'homme“ erzählte. Zur Lesung gelangten Adressen und Verbrüderungs-Telegramme aus Marseille, Nîmes, dem Creusot, London, Rumänien und auch ein solches aus Leipzig von den dortigen Sozialdemokraten. Zu dem letzteren Dokumente rief eine Stimme im Saale begütigend: „Der Sozialismus hat kein Vaterland!“ woraus man schließen darf, daß die von den deutschen Arbeitbrüdern kundgegebene Sympathie in diesem Kreise nicht allgemein erwidert wurde. Zum Schluß wurde für die Familien der politischen Verurtheilten und für die hiesigen Arbeiter gesammelt. Das Leipziger Telegramm lautete wörtlich: „Die Redaktion und Administration des Leipziger Sozialistenblattes „Vorwärts“ senden den „Droits de l'homme“ ihre brüderlichen Grüße im Namen der deutschen Demokratie“. Dabei ist dem Verfasser der Depesche das Malheur passiert, ses salutations fraternelles statt leurs salutations fraternelles zu sagen. Die ganze Kundgebung war um so unglücklicher, als Herr Yves Gayot in seiner Rede der Regierung einen Vorwurf daraus machte, daß sie sich Deutschland zu nähern suche und sich nicht gescheut hätte, diesen Staat zur Weltausstellung einzuladen; sie vergesse also selbst den Haß gegen den Laudesfeind und sei von Rachegefühl nur noch gegen den inneren Gegner befeuert! Diese Probe mag auch den Bildungsgrad des Redners zur Genüge charakterisiren.

Rußland und Polen.

Der telegraphisch signalisirte Artikel des „Golos“ vom 11. Februar liegt jetzt vor. Der Schlusssatz desselben ist in dem Telegramm allerdings wörtlich wiedergegeben worden. Dagegen enthält der ziemlich drei Spalten lange Artikel begreiflicherweise eine große Anzahl anderer Dinge, auf welche sich aus dem mitgetheilten Satze kein Schluß machen läßt. Er hebt zuerst hervor, daß turkophile deutsche Blätter, wie z. B. die „All. Ztg.“, „welche in der Nähe und in Verbindung mit den in Berlin regierenden Gewalten wirken“, Rußland und die russische Regierung sehr stark angreifen und daß deshalb Repressalien der jetzt nicht mehr unter Zensur stehenden russischen Presse wohl erlaubt seien. Im Verfolge wendet sich der Artikel hauptsächlich gegen die „National-Zeitung“, deren höslicher und milderer Ton in der Polemik allerdings anerkannt wird. An der „National-Zeitung“ wird es besonders schwer empfunden, daß sie davon gesprochen hat, Rußland sei zum Kriege nicht vorbereitet, und daß sie Rußland in den Krieg habe treiben wollen. Es wird dann ferner die „hoshafte“ deutsche Polemik gegen Frankreich getadelt, weil des letzteren Vertreter auf der Konferenz in Konstantinopel sich mit Rußland freundschaftlich gestellt, aber, wie die deutsche Presse sage, mit Rußland kokettirt hätte. Der Artikel fährt wörtlich fort:

„Konnte das Alles unsererseits mit Stillschweigen übergangen werden? Müßten wir nicht die einfache Frage stellen: weshalb wird Deutschland, welches nach den täglichen bis zum Ueberdruß Alle langweilende Versicherungen der gouvemenentalen und Privatorgane keinerlei Interessen in der Türkei hat, Deutschland, welches des europäischen Friedens bedarf und ihn wünscht, plötzlich auf unsere Rechnung so kriegerisch in dieser selben Türkei und weshalb jetzt es zugleich Frankreich die Schneide seines Schwertes? Wir fragten, welche Interessen kann Deutschland an dem Kriege haben, in welchem es vorher Rußland jede Hilfe verweigerte und in welchem es deshalb keinen direkten Gewinn haben kann? Wir fragten: weshalb zeigt sich die regierungsfreundliche deutsche Presse unter diesen Umständen kriegerischer, wo die europäischen Angelegenheiten im Osten sich zum Frieden wenden?“

Sollte dem „Golos“ wirklich eine offiziöse Bedeutung beizulegen sein, so müßte auch eine Bemerkung über den Drei-Kaiserbund — das russische Blatt nennt ihn immer bloß die Tripel-Allianz — notirt werden. Die „Nat.-Ztg.“ hatte davon gesprochen, daß Deutschland und Rußland nur durch gegenseitige Interessen allirt sein können und daß Deutschland keine Gefühlspolitik treiben kann. Darauf erwidert der „Golos“ hoshafte:

„Auch wir wünschen nichts Anderes, aber aus verschiedenen Urtheilen der deutschen Presse hat es uns mehrmals erschienen, daß sie gewissermaßen auf die Möglichkeit einer Interessenpolitik seitens Deutschlands und eine gleichzeitige Gefühlspolitik seitens Rußlands rechnete und diese Möglichkeit zur Grundlage des Drei-Kaiserbundes machte. Möglicherweise erwartete sie solche Beziehungen in Folge der Jugend unserer Nation und der Gluth ihrer Gefühle im Vergleich zu dem alten Deutschland, welches durch die politische Erfahrung gereift ist. Wir können zu einem ähnlichen Irrthum verleitet werden, wenn wir hören, wie es von der deutschen Presse den Vertretern einer unabhängigen europäischen Nation zum Vorwurf gemacht wird, daß sie „liebeshühlerisch“ mit Rußland sind. Wenn wir uns täuschen, so ist uns dies sehr angenehm, indem wir die gegenwärtigen Reden der „Nat.-Ztg.“ hören. Die Interessenpolitik, welche sie Deutschland lehrt, stellt sie auch uns anheim. Wenn diese Interessen sich in der Tripel-Allianz bei der feierlich erklärten Theilnahmlosigkeit Deutschlands an der orientalischen Frage nicht so mächtig zeigen, daß Rußland in diesem Bündniß allein eine Unterfützung zur Entscheidung dieser Frage in Gemäßheit der Forderungen seiner Politik, seiner realen Interessen finden kann, ist es dann nicht erlaubt zu wünschen, daß Rußland die Nahrung anderer Mächte an sich zu dieser Entscheidung nicht zurückweise.“

Rischnoff, 4. Februar. In Südrußland werden die Reserven zusammengezogen. Zu denselben sollen dieser Tage sechs Regimenter aus dem Weichsel-Gouvernement stoßen. Auch das in der russischen Armee-Verfassung unter der Bezeichnung „lokale Truppen“ bekannte Militär in den Gouvernements Kiew, Charkow, Ekaterinoslaw, Poltawa und Cherson hat Befehl zur Marschbereitschaft erhalten. Die Gesamtstärke dieser Lokal-Truppen dürfte auf etwa 30.000 Mann veranschlagt werden. Fort und fort werden die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, um die Aktion, wenn diese vom Czar angeordnet werden sollte, mit impotanten Mitteln und entsprechender Schnelligkeit eröffnen zu können. Man hat hier mit einiger Besorgniß die Ansammlung der starken türkischen Donau-Flottille, welche aus 15 Monitors besteht, zur Kenntniß genommen, da dieselbe einem Donau-Übergang erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. Auch diese Eventualität ist hier stark in Rechnung gezogen worden, und es kann heute versichert werden, daß man russischerseits zum Mindesten gleiche Kräfte auf der Donau zu entsenden in der Lage sein werde. In Nikolajew sind seit Jahr und Tag zehntausende Kanonenboote für diesen Zweck gebaut und in Bereitschaft gehalten worden. Jetzt sind dieselben sämmtlich zur Armee gebracht worden. Die wirkliche Zahl derselben ist unbekant, doch wird in Militärkreisen versichert, daß sie vollständig genüge und man keinerlei sich ihrer Leistungen auch nicht zu schämen haben werde. Die Schiffsequipagen sind vollständig da. Nicht weniger als 80 Schiffs-Pioniers und 18 Matrosen-Compagnien sind bis jetzt hier durchgelaufen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Nur sehr allmählich dringen die genaueren Angaben über die Konstantinopel stattgehabte Umwälzung in die Öffentlichkeit. Der anfänglich verbreiteten Erzählung, Midhat habe gegen den Sultan konspiriert, welcher alsbald der Glaube verweigert wurde, sind andere Erklärungen gefolgt, die auf eine Palastintrigue eifersüchtiger und eigensüchtiger Hofschranzen hinweisen. In der nachfolgenden Vorstellung eines Berichterstatters der wiener offiziellen „Pol. Corr.“ werden die Hauptzüge jener gegen Midhat angesponnenen Intrigue in anschaulicher Weiseargelegt. Dem genannten Blatt wird unter d. 6. d. aus Konstantinopel Folgendes geschrieben:

Midhat Pascha wird des Verbrechens der Majestätsbeleidigung beschuldigt. Als Welt hält dafür, daß dies eine reine Verleumdung sei. Wenn nicht thatsächliche und unbestreitbare Beweise geboten werden, wird Niemand an der Loyalität und Treue des in Ungnade gefallenen Großveziers zweifeln. Man glaubt eben allgemein, und entspricht dies der Wahrheit, daß derselbe einer erbärmlichen Palastintrigue zum Opfer fiel und daß der Sultan in einer momentanen Zornesaufwallung in die Falle ging, ohne an die verhängnißvollen Resultate seiner Entschließung zu denken. Ma b m u d D e m a b a s c h a, Großmeister der Artillerie und Schwager des Sultans und der Kriegsminister Nedib Pascha waren die Seele dieser Intrigue und wurden durch die Schwärze des Sultans Hamid, Dönme-Sultane, und mehrere Palast-Offiziere unterstützt. Alle die Genannten konnten den geraden und entschiedenen Charakter Midhats nicht ertragen. Sie bearbeiteten in geschickter Weise den Sultan; sie gaben ihm zu verstehen, daß die Popularität, deren Midhat im ganzen Reich erfreut, für seinen Thron gefährlich und sein Prestige zu verdunkeln geeignet sei; endlich hinterbrachten sie ihm, daß Midhat und seine Partei gegen den Thron konspiriren und daß es sich um nichts Geringeres als um seine Absetzung und Erhebung seines Bruders Reschad Efendi auf den Thron handle. Als Beweise führten sie dem Sultan Midhat's als Kederien und vage Indizien an. Als einziges angebliches Document, das dem Sultan vorgewiesen wurde, sollte ein Entreeflet in der „La Turqua“ gelten. Dasselbe behandelt den Aufenthalt Zia Bey's in Smyrna und die Reden, welche dieser ehemalige Führer der „Jungen Türkei“ und gegenwärtige General-Gouverneur von Syrien auf seiner Durchreise in Smyrna gehalten hat. In einer seiner Ansprachen redete nämlich Zia Bey von den konstitutionellen Prinzipien und hierbei entschlüpfte ihm die Aeußerung, daß der Sultan der erste Diener des Staates sei. Unter Berufung auf dieses Entreeflet wurde dem Pascha die Meinung beigebracht, daß Zia Bey einer der Verschworenen und von Midhat beauftragt sei, die Bevölkerung auf einen Regierungswechsel vorzubereiten. Der junge Monarch fand dies Alles glaubhaft und forderte Midhat sofort einmal nacheinander auf, seine Demission zu geben. Dieser antwortete, daß er zu treuer Unterthan und aufrichtiger Patriot für seine heilige Pflicht halte, unter so kritischen Umständen nicht freiwillig zu weichen und daß er nur geben werde, wenn er abgesetzt würde. Dieses hartnäckige Festhalten Midhat's an seiner Gewalt verschlimmerte noch die Sachlage und bestärkte den Sultan in seinem Verdacht. Alsbald wurde in einem im Palast abgehaltenen Konventikel beschloffen, daß am besten sei, Midhat in eine Falle zu locken, um sich seiner ohne Aufsehen und ohne Gefahr zu entledigen. Dies wurde auch gestern früh ausgeführt. Ueber Verlangen des Sultans begab sich Midhat Pascha gestern gegen 10 Uhr Morgens in den Palast von Dolma-Bagische. Dasselbe gütete er sich, seiner Gewohnheit gemäß, in dem Pacha-dar (Wartesaal für die zur Audienz beim Sultan zugelassenen Personen) einige Augenblicke der Ruhe und ließ sodann dem Sultan melden, daß er zu seiner Verfügung stehe. Als er bemerkte, daß ihn der Sultan gegen seine sonstige Gewohnheiten mehr als eine Stunde vergebens warten ließ, richtete er durch einen Kämmerer an den Sultan die Bitte, ihn nicht länger warten lassen zu wollen, da er mit Staatsgeschäften überhäuft sei. Hierauf führten sich vier auf der Pforte stationirte Adjutanten aus dem kaiserlichen Appartement auf Midhat Pascha, legten ihm Handsefeln an und erklärten ihm, daß er Gehorsam leisten und in wenigen Augenblicken in die Verbannung abgehen werde. Midhat Pascha empfing diese Mittheilung mit seiner gewohnten Kaltblütigkeit und sprach nur die Worte: „Gott rette mein Vaterland.“ Eine Stunde darauf wurde Midhat Pascha auf dem Dampfer „Bueddin“ eingeschifft, der sich bereits geheizt vor dem Konstantinopel-Dolma-Bagische befand. Gleichzeitig wurde der Kommandant des Gr. Grok Veziers von einer Abtheilung Polizeibeamten umringt und befehlige Auffindung der vermeintlichen Komplott-Dokumente durchsucht. Gefunden wurde zwar nichts, dafür aber verhaftete man alle im Hause Midhats befindlichen Leute, ohne hierbei auch nur die Frauen und Sklaven auszunehmen. Während nun der „Bueddin“ mit dem in Ungnade gefallenen ersten Wüthenträger des Reiches an Bord seinen Kurs nach Brindisi oder Neapel, man weiß noch nicht recht wohin, nahm, schritt man auf der hohen Pforte zur Installation des neuen Großveziers Edhem Pascha. Auf der ganzen Küste, wo der „Bueddin“ passiren mußte, waren starke Truppen-Detachements aufgestellt, das übrige unumgliche Entweichen Midhat Paschas zu verhindern. Bevor sich noch das Schiff in Bewegung setzte, stellte der Pascha in seiner Großmuth Midhat Pascha eine gewisse Summe Geldes zur Verfügung, gestattete aber nicht, daß er, außer einigen Kleidern, von seinem Hause etwas holen ließ. Es ist unmöglich, den betäubenden Eindruck zu schildern, den dieser Staatsstreich auf allen Klassen der Bevölkerung ausübte. Alle Welt, Muselmanen und Christen, ist bestürzt und kann nicht zu sich kommen. Was wird nun geschehen? fragt man sich, wenn der erste Augenblick der Bestürzung vorüber ist? Eine Antwort hierauf ist nicht möglich, doch kann man nichts Gutes vorhersehen.

Midhat Pascha ist inzwischen am 11. d. M. in Brindisi angekommen und erklärte einer zu seiner Begleitung gekommenen englischen Deputation: „Sein Exil sei auf russische Antriebe und auf seine Vertheidigung des Artikels der Verfassung zurückzuführen, welcher den Sultan verhindert, seine Unterthanen ohne Urtheilspruch zu verurtheilen.“ Nachdem Midhat Pascha sich so lange als Vertreter eines großen Prinzipis betrachtet, fällt er wohl zu sehr aus der Rolle, wenn er Europäern und selbst Engländern gegenüber seinen Sturz als „russische Intrigue“ darzustellen versucht. Im Uebrigen ist die Befestigung seiner Verbannung mit Art. 113 der Verfassung wenig stichhaltig, da dieser Artikel von den Befugnissen der Regierung während des Belagerungszustandes handelt. Eine ähnliche Verfassungsverletzung ist durch die Ernennung von Vefik Effendi zum Präsidenten der künftigen Reichskammer begangen worden, da Art. 78 der „Verfassung“ vorschreibt, daß die Ernennung des Präsidenten und der beiden Vize-Präsidenten durch den Sultan aus einer Liste von 9 Kandidaten erfolgen soll, welche seitens der Kammer mit Stimmenmehrheit aufgestellt ist.

Vom Landtage.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 14. Februar. In der heutigen Abend-Sitzung wurde die Staatsberatung fortgesetzt. Beim Ray. 22. (Titel 3 d. Ausgaben „Stationspersonal“) richtete Abg. Schmidt (Stettin) an die Staatsregierung die Anfrage, ob sie geneigt sei, in Berlin an anderen Orten, als auf den Bahnhöfen, Biletverkäufe einzurichten, eine Einrichtung, die sich in Frankfurt a. M. sehr bewährt hat. Ministerialdirektor Weishaupt erklärte, daß die Regierung dieser Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet habe, und daß den Staatsbahnen Instruktionen erteilt seien, dahingehende Schritte anzustellen.

Abg. Meyer (Breslau) spricht sein Bedauern aus, daß die Direktion der Niederösterreich-Märkischen und der Oberschlesischen Eisenbahn in ungerechtfertigter Weise mit einer Reduktion der Betriebslöhne in den Eisenbahnwerkstätten in Breslau vorging. Seit dem Jahre 1873 sei eine Erhöhung der Löhne trotz der in

Zeit noch steigenden Tendenz der Lebensmittelpreise nicht erfolgt, gleichwohl habe man im Jahre 1876 eine erhebliche Verminderung bis zu 60 Prozent eintreten lassen, obgleich die städtischen Verhältnisse die Löhne unverändert gelassen. Dieser faktische Fehler, der eine große Aufregung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, könne um so weniger verteidigt werden, als der Fiskus, als der größte Arbeitgeber, den Schwankungen des Arbeitsmarktes am wenigsten unterworfen sei. Die sozialdemokratische Bewegung, deren Gefahr vielfach überschätzt werde, weil man gewöhnlich den Einfluss der sozialdemokratischen Ideen auf die Arbeiter für viel größer halte als er tatsächlich sei, müsse durch derartige Ungleichheiten erheblich verstärkt werden, da die gerechte Unzufriedenheit den Reichen jener Gegner der liberalen Partei neue Kräfte zuführe und den Kampf gegen die subversiven Ideen erschwere. Die Einwilligung der Arbeiter zu diesen Lohnreduktionen habe man dadurch zu erzwingen gesucht, daß man ihnen mit Entlassung und einem entsprechenden Vermerk in dem Entlassungszeugnis gedroht habe, welcher eine Beschäftigung bei einem andern Arbeitgeber verhindert haben würde. Eine Petition der Arbeiter sei bereits vor längerer Zeit wegen dieser Maßregeln an die Regierung gerichtet worden. Die Ränge der seitdem verstrichenen Zeit lasse darauf schließen, daß der Minister die Frage einer ganz besonders ernstlichen Erwägung unterziehe (Heiterkeit) und dies berechtige zu der Hoffnung, daß den gerechten Klagen Abhilfe gewährt werde.

Der Regierungskommissarius erklärt, daß die Vorstellung der breslauer Arbeiter einen eingehenden Prüfung unterzogen werden wird; eine Benachteiligung der Arbeiter durch die Reduktion der Lohnsätze ist nicht eintreten; denn sie stehen immer noch 12 Proz. höher als 1871; eine Maximalgrenze für die Affordage ist nicht festgesetzt, sondern die Afforde sind nur in ein bestimmtes Verhältnis zum Tagelohn gestellt. Jedenfalls wird der Handelsminister die Sache wohlwollend und sorgfältig prüfen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Der Abg. Meyer nennt das Vorgehen der Eisenbahndirektionen in Breslau einen taktischen Fehler; er tadelt also die Sache selbst nicht. Mit einer mehr oder minder geschickten Behandlung dieser Angelegenheit ist den Arbeitern nicht gedient, sie wollen materielle Vorteile. Will der Abg. Meyer eine Lohnreduktion? Ich glaube kaum, einzelnen Beschwerden der breslauer Arbeiter ist abzuhelfen; so z. B., daß die Arbeiter nach Entlassung von einer Bahn in einer anderen übergeben können. Mit Lohnreduktionen vorzugehen bin ich nicht gewillt; jedoch einer Reihe anderer Beschwerden werde ich Abhilfe verschaffen. Indes werden mir die Worte des Abg. Meyer Gelegenheit geben, die Provinzialbehörden nochmals zu hören.

Abg. Meyer (Breslau) hält die Feststellung der Lohnsätze und die Frage ihrer Erhöhung allerdings nicht für einen geeigneten Gegenstand der parlamentarischen Debatte, giebt aber doch zu bedenken, ob nicht einige Lohnsätze unter das gebührende Maß herabgedrückt seien. Er sei im Uebrigen dem Minister von Herzen dankbar, daß er betreffs der Abgangszugnisse schon Remedur geschaffen; er wünsche lebhaft, daß diesen Abhilfsmaßnahmen des Ministers die möglichste Publizität gegeben werde.

Die Titel werden genehmigt.
Bei Titel 10—14 „Unterhaltung und Erneuerung der Bahnanlagen“ befragt sich Abg. Töpfer darüber, daß nicht größere Summen für Betriebsmaterial an Lokomotiven und Wagen angelegt seien, da augensichtlich ein großer Mangel an Material herrsche, dem der Staat als großer Arbeitgeber nach Möglichkeit entgegenzutreten habe.

Abg. Töpfer schließt sich dem Vorredner an, indem er es als einen Fehler bezeichnen, wenn der Staat jetzt mit den Ausgaben sparen wolle, um erst nach wieder eingetretener Aufschwung der Industrie größere Verwendungen eintreten zu lassen.

Ministerialdirektor Weishaupt konstatirt, daß Alles geschehen, was bei den jetzigen trüben Zeiten möglich sei. Man möge nicht verlangen, daß die Regierung über das vorhandene Bedürfnis hinausgehe.

Beim Kap. 24, Tit. 14 „Erneuerung des Wagenparks der Ostbahn“ weist

Abg. K. K. darauf hin, daß in den beiden Jahren 1873 und 1874 von den Staatsbahnen für den Betrieb 53 Millionen, von sämtlichen Bahnen 230 Millionen veranschlagt werden. Es sei nun klar, daß man sich in Folge dessen auf größere Bestellungen eingestellt hätte, und nun dürfe diese Industrie nicht plötzlich lahmgelegt werden, vielmehr müsse man ein Uebergangsstadium schaffen, damit es der Industrie möglich werde, wieder zu geregelten Verhältnissen zurückzukehren.

Ministerialdirektor Weishaupt konstatirt, daß der Vorredner Erneuerungs- und Verwaltungskosten bei der Ausführung seiner Zahlen zusammengeworfen habe, die daraus gezogene Folgerung also nicht zutreffend sei.

Abg. Hamacher hält gleichfalls den Tadel des Abgeordneten K. K. für nicht gerechtfertigt, weil in den angeführten Jahren ganz ungewöhnliche Verhältnisse und Verkehrsbedürfnisse vorgelegen hätten.

Handelsminister Dr. Achenbach erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, eine angemessene Anzahl von Fabriken, die zu einer Zeit durchaus ungesunder Verhältnisse entstanden seien, durch künstliche Mittel auf der Oberfläche zu erhalten, und es würde auch sicherlich nicht zum Schaden des Landes sein, wenn dieselben wieder verschwinden.

Kap. 25 enthält die Ausgaben für die Westfälische Eisenbahn.

Abg. v. Kleinsorgen bespricht sich darüber, daß die Bergisch-Märkische Eisenbahn trotz des großen Verkehrs nur ein Geleise habe, wodurch eine große Anzahl von Unglücksfällen entstanden sei.

Ministerialdirektor Weishaupt bemerkt, daß gerade die Direktion der Bergisch-Märkischen Eisenbahn ohne Rücksicht auf die Kosten mit größter Energie für die Sicherheit des Betriebes forgt. So habe sie besonders dafür Sorge getragen, daß an den gefährlichsten Punkten eine automatische Verbindung der Weichenstellung mit den Signalen hergestellt werde.

Abg. Dr. Hamacher nimmt die Bergisch-Märkische Eisenbahn ebenfalls gegen die Vorwürfe des Abg. Kleinsorgen in Schutz; wenn er dieselben gegen die eigentlichen Staatsbahnen — was ja die Bergisch-Märkische nicht sei — gerichtet hätte, so würde er ihm schaden.

Bei Kap. 27 Sannoverische Eisenbahnen fragt Abg. K. K. (Neubaus), weshalb den beiden Männern, welche sich um Koncession einer Eisenbahnstrecke bis zur holländischen Grenze beworben haben, dieselbe nicht erteilt sei.

Ministerialdirektor Weishaupt erwidert, daß der Handelsminister die Koncession einer Gesellschaft, die sich in Holland aufgestellt habe, aber nicht diesen beiden Männern erteilen wolle; die Sache habe sich indes im Sande verlaufen.

Zu Kap. 33: Zentral-Verwaltung und Eisenbahnen: Der Ministerialdirektor liegt folgender Antrag des Abg. Hamacher vor: Die Staatsregierung aufzufordern, ihre Bemühungen, das Amt eines Eisenbahnkommissarius für die thüringischen Eisenbahnen von dem eines Eisenbahn-Direktionsmitgliedes bei derselben zu trennen, mit allem Eifer fortzuführen.

Abg. Lippe beruft sich auf die vorjährige Verhandlung, in welcher der Minister dem Antrage beigetreten sei und versprochen habe, mit allen Kräften für die vom Hause gestellte Forderung einzutreten; er bebaue nur, daß die preussische Regierung nicht den genügenden Druck auf die thüringischen Staaten ausüben vermöge, um endlich diesem Zustand ein Ende zu machen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.
Zu demselben Kapitel bespricht sich Abg. v. Fritsch darüber, daß man der rheinischen Eisenbahngesellschaft und nicht dem bonner Totalkonkurrenz die Koncession zu einer Eisenbahn von Bonn nach Euskirchen gegeben habe; diese Gesellschaft habe die Koncession nur angenommen, um die Sache zu verzögern, was schon die große Frist von 5 Jahren, welche für den Bau der kürzern Strecke aufgestellt sei, zeige. Jedenfalls hätte er, daß die Regierung eine Einwirkung auf die rhein-

nische Eisenbahn ausüben möge, damit die Interessen der Stadt Bonn genügend gewahrt würden.

Ministerialdirektor Weishaupt erklärt, daß die Regierung dafür sorgen würde, daß die Interessen der Stadt Bonn Berücksichtigung fänden.

Abg. v. Wedell-Malschow kommt auf die im vorigen Jahre gefasste Resolution zurück: die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn solle zur baldigen Herstellung einer Linie Magdeburg-Erfurt aufgefördert werden. Der Bau dieser Linie ist jetzt gestiftet, der Erlös der dafür bestimmten Prioritäten für die übrige Bahn verwendet. Welche Schritte hat der Handelsminister in dieser Sache gethan, und ist Aussicht vorhanden, daß die Strecke endlich gebaut wird? Ferner fragt der Redner an, ob die Strecke Stettin-Swinemünde endlich gebaut werde, für welche die Verhältnisse ähnlich liegen, wie für die Strecke Magdeburg-Erfurt.

Handelsminister Dr. Achenbach hält die betreffenden Eisenbahnen noch immer zum Bau der angegebenen Strecken für verpflichtet, aber bei der allgemeinen Kalamität wolle er nicht mit zu strengen Zwangsmaßnahmen vorgehen. Die Eisenbahnen hätten ihre Ziele zu weit gesteckt und ein Drängen zur Ausführung der in Rede stehenden Strecken würde eine finanzielle Schädigung der Gesellschaften zur Folge haben.

Abg. Dr. Hamacher erinnert daran, daß man ja auch die Regierung aufgefordert habe, schon bewilligte Staatsbahnbauten zu stützen; warum solle man nicht den Privatbahnen ebenfalls Zeit lassen. Redner tadelt es besonders, daß die Obligationen für die Strecke Magdeburg-Erfurt haben ausgegeben werden können, ohne daß das Objekt derselben zur Ausführung komme. Er sei übrigens der Ansicht, daß der Staat selbst als Besitzer der Linie Berlin-Weimar die Linie Erfurt-Sangerhausen bauen müsse und sie nicht einer Privatgesellschaft überlassen dürfe.

Handelsminister Dr. Achenbach bemerkt, daß er das Vorgehen der Magdeburg-Halberstädter Bahn bei Verwendung des für die Strecke Magdeburg-Erfurt bestimmten Kapitals für andere Zwecke nicht billigen könne; zu einem Einschreiten der Regierung sei aber keine Veranlassung, weil es sich dabei nicht um Prioritäten, sondern um Aktien handle.

Abg. Meyer (Breslau) tadelt die Sucht der letzten Jahre, Bahnen zu bauen, ohne Rücksicht auf ihre Rentabilität. Man schädige dadurch nicht bloß die Aktionäre, sondern den Nationalwohlstand überhaupt, indem das darauf verwendete Kapital besseren Unternehmungen entzogen werde. Er halte es deshalb nicht für angemessen, in dieser Sache gegen die Gesellschaften mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen.

Beim Extraordinarium bittet Abg. Zelle dem Uebelstande abzuhelfen, der in Bezug auf den Getreidetransport am Berliner Ostbahnhof herrsche; die Abnahmefrist für Getreide sei auf sechs Stunden festgesetzt, weil dafür eine Bedachung nicht vorhanden sei; die Frist sei aber nicht genügend.

Ministerialdirektor Weishaupt erwidert, daß bei den beschriebenen baulichen Veränderungen am Ostbahnhof auf den geringsten Uebelstand Rücksicht genommen werden solle.

Die Sitzung, welche 7 Uhr begann, wurde um 11 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag 10 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen Berichte der Budget-Kommission und Etatsberatung.

Prozeß Rudolf Meyer.

Berlin, 14 Februar.

Heute wurde vor dem hiesigen Kreisgericht der mehrerwähnte Prozeß gegen den Schriftsteller Dr. Rudolf Meyer wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck verhandelt. Die „Post“ berichtet darüber wie folgt:

Die heutige Verhandlung, zu der die Herren von Blandenburg, von Kardorff, von Bleichroeder und von Westmann-Hollweg als Zeugen geladen sind, scheint ein ganz besonderes Interesse zu erregen, denn schon lange vor Beginn der Sitzung hatte sich ein äußerst zahlreiches und gewöhnliches Publikum eingefunden. Der Gerichtshof, der gegen 11 Uhr erscheint, besteht aus dem Kreisgerichtsrath Humbert (Vorsitzender), Kreisgerichtsrath Badt und Assessor Krüger (Beisitzende). Als öffentlicher Ankläger fungirt Staatsanwalt Bertram, die Vertretung führt Rechtsanwalt Duenstedt.

Vorstand der Kreisgerichtsrath Humbert eröffnet die Sitzung mit den Worten: Es soll heute verhandelt werden wider den Redakteur Dr. Rudolf Meyer. Das Kollegium ist dasselbe wie am 20. Januar; ich glaube also, daß wir gleich dort beginnen, wo wir das vergangene Mal abgebrochen haben. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Duenstedt: Ich hatte im vorigen Termine die Vernehmung des Herrn von Dietz-Daber beantragt, obwohl dieser Antrag abgelehnt worden, so habe ich heute alle Ursache, den Antrag zu wiederholen. Der „Kurzer Roman“ in Posen, der den bekannten Artikel aus der „Deutschen Reichsblode“ ohne Quellenangabe, verboten abgedruckt, ist nun ebenfalls unter Anlage gestellt und das Kreisgericht zu Posen hat die Vernehmung des Herrn von Dietz-Daber beschlossen. Ich habe gestern mit Herrn von Dietz-Daber, der augenblicklich in Berlin weilt, gesprochen, und dieser sagte mir: Er wolle sich die fortwährenden Angriffe, die seit dem bekannten Prozesse gegen die „Deutsche Reichsblode“ gegen ihn in Zeitungen geführt werden, nicht länger gefallen lassen. Es widerstrebe seinem ganzen Charakter, verhielt aufzutreten. Daß die Redaktion der „Deutschen Reichsblode“ aus seiner Broschüre etwas Anderes herausgelesen, bedauere er. Er habe unter M. N. nicht den Fürsten von Bismarck gemeint. Herr von Dietz bedauerte, daß zur Aufklärung dieses heissen Gegenstandes nicht er und noch mehrere andere von mir vorgeschlagene Zeugen, insbesondere die Herren Baron Meyer Carl v. Rothschild und Abg. Michel vorgeladen sind. Herr von Dietz hat mir mehrere beglaubigte Abschriften von Herrn v. Blandenburg übergeben, in welchen es wörtlich heißt: dem Fürsten v. Bismarck seien von dem Hause von Bleichroeder eine halbe Million preussische Zentral-Boden-Kredit-Aktien zum Kurse von 106 gut geschrieben worden. Vier Tage nach dieser Gutsschrift waren diese Aktien auf 128 gestiegen und ohne daß Fürst Bismarck für die ihm zugesagten Aktien jemals die geringste Einzahlung geleistet, sei ihm die Differenz herausgezahlt worden. Herr v. Dietz behauptet, die Bücher des Herrn v. Bleichroeder müßten dies beweisen. Der Staatsanwalt widerspricht dem Antrage auf Vernehmung des Herrn v. Dietz. Nach kurzer Beratung lehnt auch der Gerichtshof diesen Antrag ab.

Es erscheint alsdann als Zeuge der Geheime Kommerzien-Rath Herr von Bleichroeder. Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge: Ich bin dem hohen Gerichtshof sehr dankbar, daß er mir Gelegenheit giebt mich über diese so vieles Aufsehen erregende Sache einmal ausführlich zu äußern. Seit 2 Decennien habe ich bereits die Ehre, mit Sr. Durchlaucht dem Fürsten Reichskanzler bekannt zu sein. Als vor nunmehr 15 Jahren der Fürst v. Bismarck das preussische Ministerportefeuille erhielt, beauftragte er mich ihm alle seine finanziellen Geschäfte zu führen. Ich hatte alle Einnahmen und Ausgaben für ihn zu besorgen, Güter und Effekten für ihn zu kaufen und zu verkaufen. Ich hatte von dem Fürsten den Auftrag, bei allen Effekten-Anlegungen weniger auf Gewinn, als auf fundamentale Sicherheit mein Augenmerk zu richten. Wie wenig Fürst v. Bismarck Zeit fand, sich um seine Privat-Angelegenheiten zu kümmern, erblickt wohl aus dem Umstande, daß er mich vor längerer Zeit fragte: ob er denn auch Besitzer von preussischen Zentral-Boden-Kreditaktien sei oder jemals gewesen sei. Ich ließ der Sicherheit halber von meinem Hauptbuchhalter (gleich nachsehen und bedeutete seiner Durchlaucht: daß er wohl Besitzer von preussischen Zentral-Boden-Kredit-Plandbriefen, aber nicht Aktien sei. Angesichts meiner Bücher, meiner Buchhalter und meines sofort vor Gott zu leistenden Eides bemerkt ich, daß Fürst v. Bismarck weder direkt noch indirekt, weder aktiv noch passiv, noch durch irgend welche dritte Personen, Kapitaliter oder mittelst eines Differenzgewinnes an der preussischen Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft betheiligt gewesen ist. Alle

gegentheiligen Behauptungen erkläre ich geradezu für infame Verleumdungen. Ja, es ist mir unerklärlich, wie derartige, vollständig aus der Luft gegriffene Verleumdungen gegen den höchsten Beamten im Staate derartig ungefragt verbreitet werden können.

Auf die Bemerkung des Angeklagten, daß ein Herr v. Abegg und der Unter-Staatssekretär v. Thile ihm gesagt, daß durch dritte Personen für den Fürsten von Bismarck und zwar ohne Vorwissen des Fürsten, preussische Zentral-Boden-Kredit-Aktien zu 106 gekauft und zu 128 verkauft worden seien, und daß dem Fürsten die erzielte Differenz von einer halben Million Thaler Aktien ausbezahlt seien, bemerke von Bleichroeder: Ich kann nur meine Äußerung wiederholen; mir ist von alledem nichts bekannt. Ich bin auch gern bereit, dem hohen Gerichtshof meine Geschäftsbücher zur beliebigen Verfügung zu stellen.

Der zweite Zeuge Moritz Karl Wilhelm v. Blandenburg deponirt: Ich habe weder die „Sozial-Politische Korrespondenz“, noch die „Deutsche Reichsblode“, noch die Dietz'sche Broschüre gelesen. Zur Sache selbst habe ich zu bemerken: Vor zwei Jahren machte mir Dr. v. Dietz in einer Gesellschaft über die Gründungs-Betheiligungen des Fürsten von Bismarck Mittheilungen. Als ich dem Herrn v. Dietz darüber Vorstellungen machte, gab er mir genauere Erklärungen, von denen ich dem Fürsten Bismarck Mittheilung machte. Der Fürst-Reichskanzler schien selbst nicht zu wissen, welche Arten von Effekten er besitze und da die Behauptungen des Herrn v. Dietz immer bestimmter wurden, so wurde ich zu dem Glauben verleitet, die Behauptungen des Herrn von Dietz seien wahr. Etwas Positives wußte ich niemals; die von der Vertretung reproduzirten Briefe habe ich an Herrn von Dietz seiner Zeit geschrieben. Ich habe eben damals daran geglaubt, ich bin jedoch heute vom Gegentheil überzeugt. Auf die Bemerkung des Angeklagten, daß der Zeuge in seinen Briefen an Herrn von Dietz ganz positiv geäußert: der Fürst von Bismarck habe sich, ohne Einzahlung zu leisten, 1 Million preussische Zentral-Boden-Kreditaktien zum Kurse von 106 kaufen und zu 128 verkaufen und den Differenzbetrag herauszahlen lassen, bemerkt der Zeuge: Ich wiederhole, ich wurde damals durch die unbestimmten Erklärungen des Fürsten einestheils und die Behauptungen des Herrn von Dietz andererseits zu dieser Ansicht veranlaßt. Herr von Dietz habe diese Behauptungen noch vor einigen Tagen öffentlich in einem Hotel gemacht und dabei geäußert: Es werde ihm nicht gelingen, Sr. Majestät den Kaiser von dieser Tyrannei zu befreien. (Große Bewegung im Auditorium.) Vorsitzender: Ich glaube aber Herr Zeuge, diese letzte Bemerkung gehört ganz und gar nicht hierher.

Der Zeuge Friedrich Carl von Bethmann-Hollweg bezeugt auf Befragen des Vorsitzenden: Ich bin Mitglied des Verwaltungsrathes der preussischen Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft und mir ist von einer irgend welchen Betheiligung des Fürsten von Bismarck an den Geschäften dieser Gesellschaft niemals etwas bekannt geworden. Ich habe von der ganzen Angelegenheit überhaupt erst von dem verstorbenen Herrn v. Wedemeyer im hiesigen Unionklub etwas erfahren. — Staatsanwalt: Ich ersuche den Herrn Zeugen mir zu sagen, ob der Unionklub eine aristokratische Gesellschaft ist. — Zeuge: Ich weiß nicht, was der Herr Staatsanwalt unter aristokratischer Gesellschaft versteht. Ich kann mir als Mitglied kein Urtheil über die Qualifikation des Klubs erlauben. Vorsitzender des Klubs ist der Herr von Kardorff und wenn der Herr Staatsanwalt weitere Informationen wünscht, so wolle er sich gefälligst die Mitgliederliste des Klubs verschaffen.

Der Zeuge von Kardorff bezeugt: Mir ist nicht das Mindeste von einer Betheiligung des Fürsten-Reichskanzlers an der preussischen Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft bekannt. Ich habe es lediglich einmal vor ca. 2 Jahren in einer Gesellschaft vom dem verstorbenen Herrn von Wedemeyer gehört. Diese Äußerung des Herrn v. Wedemeyer rief — obgleich sich derselbe in dieser Gesellschaft einer großen Beliebtheit erfreute — damals sogleich einen allgemeinen Unwillen hervor. Ich glaube Herr v. Wedemeyer befand sich damals schon in einem gewissem Stadium der Geistesstörung. Auf die Frage des Staatsanwalts, bemerkt der Zeuge: der Berliner Union-Klub habe lediglich die Förderung der Pferdezucht zum Zwecke.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet, die Zeugen werden verurtheilt und ergreift nunmehr das Wort Staatsanwalt Bertram. Das ist also der Wahrheitsbeweis für die gegen den Fürsten v. Bismarck fortgesetzt geschleuderten Verleumdungen! Ich habe im vorigen Termine gegen die Zeugenvernehmung protestirt, weil ich wußte: der Schluß des Fürsten Bismarck ist blank, es bedarf nicht einer Rettung seiner Ehre. Um das geradezu seitwärts Verbrechen des Angeklagten in dessen Schmutz er nun selbst stecken geblieben ist, richtig zu würdigen, ist es notwendig, auf die Vorgeschichte dieses Verbrechens zurückzugehen. Schon vor 2 Jahren erschien von dem Angeklagten in Leipzig eine Broschüre, in welcher bestialische Anfeindungen gegen den Fürsten enthalten waren. Der Angeklagte war alsdann Mitarbeiter des Schmutzblattes „Deutsche Reichsblode“, die es sich zur Aufgabe machte, gleich einem frechen Begehrer alle ihr irgendwie mißliebigen Personen auf die ärgste Weise zu verleumdungen und sie mit Noth zu behrden. Ich erinnere an die Verleumdungen des genannten Schmutzblattes gegen die Diskonto-Gesellschaft und gegen den Stadtgerichtsdirektor Reich. Der Angeklagte, den ich für alle diese Verleumdungen mit verantwortlich mache, dürfte wohl auch nicht den geringsten Antheil an den von der „Deutschen Reichsblode“ zuerst gebrachten, von ihm alsdann abgedruckten Verleumdungen gegen den Fürsten Bismarck haben. Der Angeklagte druckte diese Verleumdung aber nicht bloß ab, sondern bekräftigte durch Citirung der mit Hochhausstrafe bedrohenden Paragraphen 331 und 339 des deutschen Strafgesetzbuches den Fürsten v. Bismarck geradezu der Verleumdung und erbot sich noch obendrein, als Zeuge in dieser Sache aufzutreten. Die Beweise, die der Angeklagte für seine Behauptungen hatte, sind nun heute vorgeführt worden. Einer solchen Handlungsweise gegenüber habe ich nur die Worte: Calumniare audeat, semper aliquid haeret. Der Angeklagte sagt, er habe im Interesse des Fürsten und des Staates gehandelt, indem er die Angelegenheit zur öffentlichen Erörterung brachte. Ich frage, woher leitet der Angeklagte den Verurtheilten die Ehrenrettung des Fürsten v. Bismarck einzutreten. Der Angeklagte war doch nichts weiter, als Publizist. Auch braucht sich doch der reine Mann nicht von jedem Begehrer gefallen lassen, daß er ihm zuruft: ich behaupte, Du bist entehrt, beweise mir das Gegentheil. Der Umstand, daß die „Sozial-Politische Korrespondenz“ nur Zeitungs-Redaktionen zugegangen, kann den Angeklagten höchstens bei Verleumdungen gegen das Preßgesetz, nicht aber auch bei solchen gegen das Strafgesetz schützen. Ich beantrage zwei Jahre Gefängnis und die Verhaftung des Angeklagten, da es feststeht, daß der Angeklagte mittellos und die Kaution der 10,000 Mark nicht von ihm gestellt ist.

Der Angeklagte Dr. Rudolf Meyer bemerkt, er sei niemals der Politik und dem Fürsten Bismarck feindselig gegenübergetreten, nur in wirtschaftlicher Beziehung war er sein Gegner. Er wolle nicht als Zeuge auftreten, um die gegen den Fürsten hinführenden Verleumdungen zu beweisen, sondern weil er im Stande gewesen wäre, in ausführlicher Weise über die Vorgeschichte der Verleumdungen zu referiren.

Verteidiger Rechtsanwalt Duenstedt bemerkt: Die Presse habe einen höheren Verur, als ihr der Staatsanwalt vindict und gerade im Interesse des Fürsten liege es, wenn bei der Bekräftigung nicht auf die Stellung des Beleidigten Rücksicht genommen werde. — Nach längerer Beratung verurtheilt der Gerichtshof den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis und lehnt seine Verhaftung ab. Ferner erkennt der Gerichtshof auf Unbrauchbarmachung aller Platten und Formen u. und auf Publikationsverbot für den Fürsten Bismarck.

Lokales und Provinzielles.

Dosen, 15. Februar.

— Aus dem Dekanat Deutsch-Krone geht dem „Ruhrer Postboten“ folgender Protest zu:

„Der Offizial und Dekan Frische hat einen heftigen und feierlichen Protest gegen die Besignahme der Kirche und Propstei in

M. Friske. Ulrich. A. Friske, Dekan und Offizial.
Fr. Fengler. Borf. Gumprecht. Altkewicz. Weigt.
Wurfst. Scholz. Degler. Grunwald. Krefft. Steinke.
Heidkriiger. Brodoehl

Ueber die Bewilligung der Mittel für die Erweiterung der Wasserwerke auf dem Grundstücke der Gas- und Wasserwerke berichtet im Namen der Baukommission Stadtrath Neufrauz. In der Stadtverordnetenversammlung am 24. Januar d. J. war die Baukommission mit der nochmaligen Prüfung der Angelegenheit beauftragt worden, und die Kommission war zu diesem Behufe mit dem Stadt-Ingenieur Thomsen in Verbindung getreten, um festzustellen, welche Ausgaben unbedingt notwendig seien, um das zu erstrebende Ziel, die Hebung der hinreichenden Menge Wassers bis zu der gewünschten Höhe, zu erreichen. Der Stadt-Ingenieur hat zu diesem Behufe einen Anschlag gefertigt, nach welchem die Ausgaben welche in der vorigen Sitzung, am 24. Januar, auf 150,000 Mk. berechnet waren, sich auf 139,000 Mk. reduciren würden, indem der dritte Reservekessel in Wegfall gebracht ist; dagegen ist eine Brunnen-Anlage in der Warthe in Anschlag gebracht worden, damit nöthigenfalls, wenn die Filter ihren Dienst versagen sollten, das Wasser auch unfiltrirt unmittelbar aus der Warthe entnommen werden könnte. Der ausgearbeitete Anschlag hat der Baukommission, deren Sitzung auch der Stadt-Ingenieur beigewohnt hat, bei der Beratung zu Grunde gelegen. Die Kommission ist darüber schlüssig geworden, daß das Wasserquantum, welches beide Maschinen, die alte und die neue, zu liefern im Stande sein werden, vollkommen ausreichend sein wird und daß die Anlage eines neuen Druckwerks, Filters und Rohrwerks (von der Anstalt bis zum Wilhelmplatz) nicht erforderlich ist. Es stellen sich dadurch, daß eine größere Wassermenge durch die bisherigen engen Röhren hindurchgetrieben werden muß, allerdings die Betriebskosten jährlich um ca. 1350 Mk. höher, als dies der Fall wäre, wenn eine zweite Rohrleitung bis zum Wilhelmplatze angelegt würde; doch kommt dieser Betrag gegenüber den bedeutenden Anlagekosten für eine zweite Rohrleitung (40,000 Mk.) nicht in Betracht. Nach gründlicher Ermägung aller Verhältnisse empfiehlt demgemäß die Kommission die Annahme folgender Anträge:

meister K o h l e i s t i g e g e n d i e W a h l e i n e r S p e z i a l k o m m i s s i o n z u r U e b e r w a c h u n g d e r A u s f ü h r u n g d e r p r o j e k t i r t e n B a u e n, w e i s t d a r a u f h i n, d a ß f r ü h e r d e r D i r e k t i o n d e r G a s- u n d W a s s e r w e r k e s t e t s d i e A u s f ü h r u n g v o n A n l a g e n f ü r d i e s t ä d t l i c h e n G a s- u n d W a s s e r w e r k e ü b e r t r a g e n w o r d e n s e i u n d b e a n t r a g t, a u c h d i e m a l s z u v o r z u g e b e n. Z u s t i m m u n g d e r A u s s c h ü s s e w e i s t g l e i c h f a l l s d a r a u f h i n, d a ß d e m M a g i s t r a t a l s a n s t e h e n d e r B e h ö r d e d i e A u s f ü h r u n g d e r B e s c h l ü s s e d e r V e r s a m m l u n g z u s t e h e, u n d e b e n s o s p r i c h t s i c h R e c h t s a n w a l t M i t z e l g e g e n d i e E n t f e s s u n g e i n e r S p e z i a l k o m m i s s i o n a u s. — B e i d e r A b s t i m m u n g w e r d e n h i e r a u f d i e b e i d e n A n t r ä g e d e s M a u e r m e i s t e r s B r a u n t s a b g e l e h n t; d a g e g e n w i r d d e r K o m m i s s i o n s a n t r a g a n g e n o m m e n, n a c h d e m d i e V a n d o m m i s s i o n i h r e n A n t r a g a u f E n t f e s s u n g e i n e r S p e z i a l k o m m i s s i o n z u r ü c k g e z o g e n h a t t e. D a g e g e n w u r d e b e s c h l o s s e n, d a ß d i e A n s c h l ä g e d e r S t a d t v e r o r d n e t e n V e r s a m m l u n g v o r g e l e g t w e r d e n s o l l e n. H i e r n a c h i s t d i e b e t r e f f e n d e N o t i z i n u n s e r e r v o r i g e n M o r g e n n u m m e r z u b e r r i c h t i g e n.

Der Entwurf zu einem Statut für die städtische Sparkasse ist der Rechts- und Finanz-Kommission überwiesen worden, in deren Namen Rechtsanwalt Witzel berichtet. Derselbe empfiehlt die Annahme des sorgfältig ausgearbeiteten Entwurfs mit eini-

Die Feststellung der Fluchtlinie für die Grundstücke Neuer Markt 12/13 und 17 wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

In dem Hause der Berger'schen Alter-Versorgungs-Anstalt auf der Bäderstraße soll nach dem Magistrats-Antrage zunächst auf 3 Jahre die Jakob'sche Waisen-Mädchen-Anstalt, die sich gegenwärtig in dem ehemaligen Franziskanerkloster an der Neuenstraße befindet, untergebracht werden, da die Steuerkasse und das Steuerbureau aus dem Rathhause in die Räume, welche gegenwärtig die Jakob'sche Waisen-Mädchen-Anstalt und die Waisen-Knaben-Anstalt inne hat, verlegt werden sollen; die letztere Anstalt wird anderwärts untergebracht werden. Die Pacht in der Berger'schen Alter-Versorgungs-Anstalt soll jährlich 750 M. betragen, und es sind außerdem noch Einrichtungen im Betrage von 900 M. zu treffen. Diese Mittel werden von der Versammlung bemittelt.

Mit der Erwerbung einer Hypothek in Höhe von 7000 Thlr. auf das Altenberg'sche Grundstück erklärt sich die Versammlung einverstanden.

In die Revisionskommission wird, da von den früheren Mitgliedern dieser Kommission Kaufmann Alfons Peltzsohn gestorben, Kaufmann Sal. Briske seit längerer Zeit krank ist, als Stellvertreter der königl. Auktionskommissarius Manheimer gewählt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung werden aus Rücksicht auf die bereits vorgeschrittene Zeit vertagt. Die Sitzung, die 4½ Uhr begonnen hatte, erreichte 7 Uhr ihr Ende.

— **Herr Gahler**, verantwortlicher Redakteur des „Kurzer Posten“, stand heute wegen Beleidigung des Prospekt-Brent in Kosten vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts und wurde gleichlautend mit dem Urtheil der ersten Instanz zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Er gedenkt sich noch an das Obergericht zu wenden.

— Der Gerichtsassessor **Zwafinski**, welcher einige Zeit als Hilfsrichter am Kreisgericht in Schrimm fungirte, wo er Herrn Kreisrichter Knispel vertrat, ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Schubin versetzt worden.

den Leiche. Verhaftung.] Der hier im vergangenen Jahr gegründete Landwehrverein feierte gestern im Kullaschen Saale sein Stiftungsfest. Der Leiter desselben, Baron v. Massenbach-Binne eröffnete dasselbe mit einer Ansprache und brachte am Schluß ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Vereinsgenossen begeistert einstimmten. Nach dem Vortrage einiger patriotischer Lieder und der Darstellung von lebenden Bildern folgte ein solennes Tanzfränschen, das die Vereinsgenossen bis zum frühen Morgen fröhlich beifammhielt. — Vergangenen Sonnabend wurde in der Nähe der hiesigen Stadt auf der Bosen-Berliner Chaussee eine Leiche aufgefunden, welche als der frühere Eigenthümer Jtz zu Lubatskieskie, ein dem Trunke ergebener Mensch, rekonozirt worden ist. — Die Thäter des in Kuzle stattgehabten Mühlenbrandes sind Dank den Bemühungen des hiesigen Gensdarmen Varsknecht in zwei bei dem Mühlenbesitzer früher im Dienste befindlich gewesenem Gefellen entbedt worden, von denen aber nur einer erst zur Haft gebracht worden während der andere sichtlich geworden ist.

loß Herr Otto

Am Mittwoch beschloß Herr Otto Leffeld mit einer seiner Glanzrollen sein diesmaliges Gastspiel: als Othello. Das Theater war wie an den früheren Abenden vollkommen gefüllt und spendete dem Gaste wiederholt den lebhaftesten Beifall.

Othello ist eine der schwierigsten Partien des Shakespeare-Repertoires. Sie setzt tiefes Erfassen ihres geistigen Gehalts, ausgiebige Mittel und große Kraft voraus. Der Darsteller hat eine so große Reihe sich steigender Aufregungen durchzumachen, daß er nach dem letzten Fallen des Vorhangs physisch erschöpft sein muß. Andererseits ist gerade diese Gestalt eine so großartige Schöpfung des Dichters, daß sie auf den Zuschauer einen befriedigenden Zauber übt. Daher das lebhafteste Interesse, das dem Drama trotz seiner Gräßlichkeiten entgegengebracht wird.

Othello gilt gewöhnlich als das Opfer blind-wüthender Eifersucht. Das ist er jedoch nicht: er ist vielmehr der sich leidenschaftlich überstürzende Rächer seiner vermeintlich angetasteten Ehre, der Gatte, dem der bloße Verdacht genügt, um ungerecht gegen sein Weib zu werden, der, einmal erregt, sich in der Wahl der Mittel irrt, die ihm Beweise der vermeintlichen Untreue der Gattin geben sollen. Er spricht sich darüber am Schluß der Tragödie ganz unzweideutig aus, und je mehr sich der Darsteller an die hier vom Dichter selbst gegebene Charakteristik hält, desto vollkommener wird seine Leistung sein.

Herr Phefeld ist durchaus bestrebt, den Intentionen des Dichters gerecht zu werden, und bietet eine Leistung, die ein abgerundetes Kunstwerk genannt zu werden verdient. Zwischen dem Othello der ersten und dem der letzten Akte ist ein gewaltiger Unterschied, aber der Künstler weiß den Charakter von innen heraus zu entwickeln, die Uebergänge so geschickt zu vermitteln, daß man den Eindruck der Einheitlichkeit empfängt und der Darstellung Konsequenz zuerkennen muß. Eingehend der Erklärung Othello's: „Ich liebte sie nur ihres Mitleids willen“ behandelt der Künstler das erotische Element vorsichtig. Othello's Liebe zu Desdemona ist herzlich, aber nicht leidenschaftlich. Aber von dem ersten Moment an, wo der erbärm-

Herr Frz. Valmore gab als Desdemona sehr anmuthig aus und traf den einfach herzlichen Ton dieser Rolle recht glücklich. Herr Michaelis spielte den Iago verständnißvoll und bittete sich, daß wir besonders anerkennen, diese an sich höchst widerwärtige Figur noch widerwärtiger zu machen. Noch ist Herr Traub zu nennen, der den Cassio angemessen veranschaulichte. Auch die einheimischen Künstler wurden mit dem Gast wiederholt gerufen, dem unser Publikum auch während des nun abgeschlossenen Gastspiels aufs Neue seine Sympathien bekundet hat.

russisch: Besener Eisenbahn = Gei. Utscha

mité, welches sich, wie mitgetheilt, gebildet hat, um die Märkisch-Poßener Bahn, sei es im Wege des Verkaufs, sei es durch Abkauf eines Betriebsüberlassungsvertrags in die Hände des Staats übergeben zu lassen, hat am 14 d. M. einen Aufruf erlassen und ladet die Aktionäre und Stamm-Prioritäten-Besitzer ein, ihren Antheil bei den Bankhäusern Jacquier u. Scurius und Soberbeim u. W. in Berlin anzumelden. Zwecks Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, in welcher über Verkauf oder Betriebsüberlassung der Bahn an den Staat Beschluß gefaßt werden soll. Wir hatten bereits vor Kurzem nach dem „B. V. C.“, welcher das aplanirte Arrangement für wünschenswerth und aussichtsreich hält, einige orientirende Daten über die Situation der in Frage stehenden Bahn und Absichten des Comité's gebracht und vervollständigen dieselben noch dem genannten Blatte. Nach nochmaliger eingehender Prüfung der Sachlage, schreibt das offenbar für dieses Projekt interessirte Blatt, erschien es angezeigt, die früher schon angerathene Idee wieder aufzunehmen und beharrlich zu verfolgen, weil bei voller Würdigung der bisher bewährten, trefflichen Privatverwaltung, die letztere die schädliche Wirkung einer staatlichen Konkurrenz zu beseitigen außer Stande war. Zwar hat die Januar-Einnahme dieses Jahres ein Plus von 30,000 M. auszuweisen, obwohl die Konkurrenz des Staates bereits in voller Wirksamkeit war. Beweist dies allerdings die große Entwicklung des Lokalverkehrs der Bahn, die die Folgen der Verkehrsherrschaft des Staates im Durchgangsverkehr mehr als auszugleichen vermag, so kann doch nicht geläugnet werden, daß der Staat, als Freund der Bahn, selbst interessiert an ihrem Gedeihen, ihre internationale Bedeutung und Kraft heben und fortentwickeln würde, wo er es bei der Halle-Sorau-Gubenener Bahn von dem Augenblicke an gethan, wo sie seiner eigenen Verwaltung unterstellt wurde.

wollte andererseits die im vorigen Jahre ausgesprochene min-
 Geneigtheit augenblicklich nicht mehr vorhanden sein, da ja selbst
 die Entwidlung der Würtlich-Bosener Bahn weitere Fortschritte ge-
 macht hat? Und wie wäre vorauszusetzen, daß die Staatsregierung
 mit sich selbst, mit den in den Motiven zum Reichs-Eisenbahn-
 Gesetz-Entwurf klar ausgedrückten Zielen, die Vereinigung arge-
 und Durchgangslinien in ihren Händen anzustreben, in Wider-
 spruch treten würde? Ein Blick auf die Karte genügt, um zu
 zeigen, daß mit dem Erwerb oder der Betriebs-Übernahme der
 Würtlich-Bosener Bahn sich der Staat die ununterbrochene
 Beherrschung zweier neuer, großer Durchgangslinien,
 zwar von Remel resp. Eydtubnen nach Berlin und von Remel
 beiden Ausgangspunkten nach Kassel sicherte. Nachdem man sich
 darüber klar geworden, daß die Interessen des Staates gleich denen
 der Aktionäre in den vom Komitee einer außerordentlichen General-
 versammlung zu unterbreitenden Vorschlägen ihre Rechnung finden
 galt es, für den Fall die Staatsregierung den Erwerb der Bahn eines
 Betriebsüberlassungs-Vertrage vorziehen sollte, einen Verkaufspreis zu
 fixiren, der so zivil bemessen wäre, daß er dem Staate resp. der Bahn
 als Vertretung das Zugeständniß abnöthigte, das unter gleichen Um-
 ständen, selbst bei den heutigen Lohnverhältnissen und Materialprei-
 sen, vom Staate selbst nicht gebaut werden könnte, dessen Vortheil
 für die Aktionäre dagegen in einer Kapitalabfindung bestände, die
 über den augenblicklichen Coursstand der Stammprioritäten der
 Stammaktien wesentlich hinausginge. Daß sich das Komitee für die
 Festsetzung eines Kaufpreises von Reichsmark 1,018,000 per Meile
 entschieden hat, sowie die Motivirung und die eventuelle Verwen-
 dung eines solchen Betrages, haben wir nach dem „B. V. C.“ bereits
 gehend mitgetheilt. Sollte die königliche Staatsregierung dagegen
 Abschluß eines Betriebsüberlassungsvertrages vorziehen, so geht
 vom Komitee einzubringende Vorschlag dahin, gegen die Gewährung
 3% prozentigen Staatsgarantie für die Stammprioritäten zu ver-
 lassen, dem Staate dagegen den dritten Theil des Betriebes
 einzuräumen, nachdem der Betrieb 5 Prozent für die
 Stammprioritäten und 3 pSt. für die Stammaktien ertragen
 Auch diese Proposition vermittelt auf's Glückliche die Interessen
 Staates mit denjenigen der Aktionäre. Es leuchtet ein, daß, da
 aus Verwaltungskosten der Nettoüberschuß des vorläufigen
 Betriebes die Auszahlung einer 4prozentigen Dividende auf die
 Stammprioritäten ermöglicht und da trotz zunehmender Betriebs-
 terung der allgemeinen Verkehrsverhältnisse das laufende Jahr
 einer Mehreinnahme eifert, daß der Staat, indem er den Stam-
 prioritäts-Titel den Stempel einer 3% prozentigen Garantie
 drückt, damit nur der Form nach eine Verbindlichkeit eingibt,
 der augenblickliche Nettoertrag der Bahn um ein halbes Prozent
 zu garantirenden Profitsatz übersteigt. Während der Staat die
 Übernahme des Betriebes der Halle-Sorau-Gubener Bahn vor-
 geleistete Staatsgarantie einstweilen noch materielle Zuzüge vor-
 sehen hat, denn er hat als Zuzufuß für das laufende Jahr von
 200,000 Reichsmark in den Etat eingestellt, würde er die Betriebs-
 übernahme der Würtlich-Bosener Bahn ohne jedes materielle
 antreten.

die Verhandlungen wegen Erwerbs der Charlottenburger „Flora“ die alten Aktionäre und die Gläubiger nunmehr zum Abschied kommen. Das leitende Komite ist zusammengesetzt aus dem Herrn Kommerzienrath Ffirs, Stadtrath Krug, städtischer Gartendirekt Meyer, Baumeister Lauenburg, Rechtsanwalt Dr. Quenstedt, Direktor Schulz, Bankier Löwenstein und Stadtrath Rogge. Die Bedingungen des Beitritts sollen den Aktionären und Gläubigern durch Zirkularschreiben schleunigst mitgetheilt und die Zeichnungen bis 15. März bei dem Bankhause Vorkardt jun. in Berlin angenommen werden, und sofort nach der ersten Einzahlung das Gesellschaftsgeld dem Besiz des Herrn Hadel in den der neuen Gesellschaft übergeben.

Febr. Die Situation an der

* **Danzig.** 13. Febr. Die Situation an der unteren und Weichsel ist auch heute unverändert; es wird weder ein fern Steigen des Wasserstandes noch neue Eisbewegung gemeldet. Eisfrenzungen sind bis kurz hinter Ciofnowo Forthaus gedreht bis zum 20. d. Mts. hofft man bis zur Abzweigung der Nogat kommen. Eine von technischer Seite angestellte Berechnung der dieser Sprengungen ergibt, daß sich dieselben auf etwa 220,000 240,000 M. belaufen werden, wobei namentlich das Sprengmaterial eine große Rolle spielt. Der neu hergestellte Fischwinddamm, Fischerstampe zieht noch immer eine ziemlich Menge Wasser, wird an seiner Verdichtung rüstig gearbeitet. Von den überdammten Drischaffen wollen einzelne schon in nächster Zeit mit dem

(Beilage.)

12,000 Stück
eichene Eisenbahnschwellen
werden franco Posen zu kaufen gesucht.
Offerten unter **N. O. 27.**
Haupt-Post-Amt Posen erbeten.

Gausverkauf.

In einer Kreis- und Garnisonstadt, mit Gymnasium und höherer Leichter-
schule der Prop. Posen, 1 Meile von
der schles. Grenze, Bahnstation, ist ein
herrschaftliches Grundstück, bestehend
aus einem Hauptgebäude, drei massiven
Seitenhäusern, Stallungen und großem
Garten sofort für 14,000 Thlr. zu
verkaufen. Anzahlung 5000 Thlr. —
Anfragen unter Adresse **D. G. 654**
postlagernd Krotzschin.

Auf dem Dom. Klein-
Sokolniki bei Samter steht
ein 3½-jähriger, 1½ Mtr.
großer, rein arabischer
Rapphengst
für den Preis von 1500 Mk.
zum Verkauf.

Unterzeichneter sucht eine Milch-
Bacht, täglich 200 - 300 Liter. Gef.
Adr. an
J. Brazinski,
Groß-Doberitz bei Rumburg
am Oberr.

Wichtige Erfindung!
von Levetzow's Patent-Culturtopf.



Prämiert auf den Ausstellungen in
Bremen, Lübeck, Karlsruhe, Wien und Vissabon.

Als vorzüglich erprobt
und auf das Wärmste
empfohlen von den Herren.
Jühke in Potsdam,
Hofgarten-Direktor Sr.
Majestät des Kaisers,
Hofgärtner Jäger in
Weimar,
Garteninspektor Otto in
Hamburg,
Hofgärtner Roese in
Oldenburg.



In dem **Patent-Culturtopf** wird selbst der in der Pflanzenzucht Unkundige im Zimmer ohne den kostspieligen Apparat von Glashausern und Treibhäusern Pflanzen und Blumen von so überraschender Leppigkeit und Schönheit ziehen, wie solche in gewöhnlichen Blumentöpfen selbst mit Anwendung aller Gießmittel der Gärtnerei nicht zu erzielen sind, während der Culturtopf die Arbeit des Cultivateurs auf ein Drittel der sonst nöthigen Pflege reduziert. Die Patent-Culturtöpfe sind für **Posen** nur allein bei

Louis Ohnstein, für Vissa bei **Julius Ohnstein** zu haben.
P. Raddatz & Co., Hoflieferanten.

Neue Maroccaner-Datteln,
in exquisitester Qualität, fett und gross à Pfd. 1 1/2 Mk.
(Elegante Carton-Verpackung von 4 Kilo Inhalt.)
Smyrna'er Königs-Feigen,
in selten so schöner Frucht, Eleme à Pfd. 60 Pf.
(In Papierkarton von 2 Kilo und Holzkiste von 4 Kilo Inhalt.)
Trauben-Rosinen und Knackmandeln,
Zeitgemäss billigst! Gegen Nachnahme, prompte Bedienung,
J. Schottlaender in Berlin, N.
Delikatessen-Gross-Handlung, Oranienburger-Strasse 16.

Neuer israelitischer Verein
für Krankenpflege und Leichenbestattung.
Eine Gedenk- und Seelenfeier
für die hingeschiedenen Mitglieder unseres Vereins, findet am
Dienstag, den 20. Februar 1877
Abends 5 Uhr, im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde statt.
Posen, den 16. Februar 1877.
Der Vorstand.

Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie,
zum Besten
hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unermittelter Kranken.
25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der dritten Klasse am 7. März 1877.
Haupt-Gewinne der dritten Klasse:
1 Mobilar von Nussholz mit Bildschnitzerei, nämlich: 1 Divan mit Velourbezug, 2 Lehnstühle mit Velourbezug, 6 Stühle mit Velourbezug, 1 Pianofortebord, 1 Pianoforte, 1 Sofatisch, 1 Pfeilerstempel, 1 Sofateppich.
1 Pianoforte in verschiedenen Holzarten mit Bildschnitzereien. 1 Mobilar von Nussholz mit Bildschnitzerei, nämlich: 1 Sofa mit Velourbezug, 2 Lehnstühle mit Velourbezug, 6 Stühle mit Velourbezug, 1 Sofatisch, 1 Damenschreibtisch von Nussholz nebst Sessel mit Bildschnitzerei. 1 Lehnstuhl von Eichenholz mit Bildschnitzerei und Velourbezug. 1 Stuhl in verschiedenen Holzarten mit Bildschnitzerei und Velourbezug. 1 silberne Herren-Anker-Uhr, mit Goldrand, balance coupé, 19 Linien. 6 silberne Theelöffel in Etui, Gehalt 750 Gr. 1 Barometer (Hologramm) in geschliffenem Rahmen. 1 Neusilber versilbertes Kaffeegestell. 1 Petroleum-Öl-Lampe mit 14 Brenner. 2 silberne Glühbirnen (Gehalt 750 Gr.). 1 Dugend Damast-Handtücher. 1 Dugend S.-A.-Dress-Handtücher. 1 Sag Dress-Gesetz mit 6 Servietten. 1 sergeseidener Regenschirm.
Die Erneuerung der Loose zur dritten Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens zum 28. Februar, Abends 6 Uhr erfolgen.
Preis der Erneuerungsloose 1 1/2 Mark, Bestellungen auf Kaufloose a 3 3/4 Mark nehmen schon jetzt entgegen die Expedition der Posener Zeitung.

Zimpfscheine,
sowie alle für das Zimpfgeschäft erforderlichen Druckformulare werden prompt und billig geliefert von der
Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Umstandes halber muß ich meine in einem frequenten ländlichen Orte des Regierungsbezirks Bromberg, welchen die Bahn paßirt, belegene
Apotheke,
verbunden mit Schankkonzession und schönem Grundstück billig verkaufen und zwar sofort. Selbstkäufer wollen sich gefälligst binnen 14 Tagen an mich wenden.
Ein Theil des Kaufgeldes kann stehen bleiben, falls dies gewünscht wird.
Friedrich a. d. Ostbahn,
2. Februar 1877.

Ww. Gehrandt.
Aus vorpommerschen und mecklenburger Rammwollheerden kann ich sehr preiswürdig in Posten von 50 bis 600 Stück gute, grobe, wolkreiche Mutterthiere (keine Zahnmerzen) abgeben. Eventuelle Aufträge erbitte möglichst bald
Herm. Berlin,
Schäferdirektor.
Friedland, Mecklenburg.
Die Ziegelei zu Emchen verkauft
Drainröhren,
vorzügliches Fabrikat, franco Bahnstation Falkstadt der Posen-Creuzburger Bahn und zwar das Tausend
1 1/2" zu 20,50 M.
2" = 24,50 "
3" = 45,00 "
4" = 60,00 "
5" = 75,00 "
Anfragen an die Dominal-Kasse.

Neben meinem Lager eleganter Wagen habe
billig abzugeben:
wenig befahrene, ganzgedeckte, halbgedekte und offene gute Wagen.
Simon Lewinsohn,
Strelno.

Bekanntmachung. Mein Restaurationsgeschäft ist inf. 3. verl. Dominikaner- u. Gerberstr. 23. A. Kuttner.
Thüren neuester Konstruktion ohne Gehren, Thürbekleidungen, Thürbegründungen, Fußleisten, div. Profile und Vollbleiben auf Stahlbändern sind in bester Ausführung zu den solidesten Preisen stets auf Lager.
J. Zeyland's
Fabrik für Bauischlerei,
Gr. Gerberstr. 49.
Halldorfstraße 30 1 Wohnung, 4 Zimmer, Küche, Wasserleitung etc. vom 1. April c. zu verm. Näh. Nr. 16. Part.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Köstel) in Posen.

Reputation Tunnel.
Nur noch kurze Zeit.
Neu! Fatima, genannt Lilione, die schöne Französin.
Eine junge Dame ohne Unterleib, lebend.
Höchst interessant für Herren und Damen! Ein physikalisch-optisches Experiment, zuerst dargestellt im Polytechnicum in London vom Professor C. S. Robinson. Vorstellung von Vorm. 11 Uhr bis Abends 10 Uhr.
Entree 1. Platz 50 Pf. 2. Platz 25 Pf.

Die ersten Curie in
Buchführung,
Correspondenz,
kaufm. Rechnen etc.
wie
Schön- und Schnell-schreiben
beginnen Montag den 19. d. s.
Theodor Bräuer,
Neustädter Markt Nr. 1, 2 Tr.

Geschlechtskrankheiten.
Syphilis und deren Folgen, Haut- u. Frauenkrankh., Schwächezustände: Vollut, Impotenz, auch die veralteten Fälle, heile ich brieflich mit sicherem Erfolg. Die Kur ist ohne Berufsstörung und nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen.
Dr. med. Ritz, Berlin, Prinzenstraße 62.

Kumys nur Kumys.
Wo alle Mittel erfolglos, mache man vertrauensvoll Versuch mit **Lebig's Kumys-Extrakt** (keine Medizin). Derselbe heilt: Hals- u. Lungenentzündung (Brustkrankheit), Magen-, Darm- und Bronchial-Catarrh (Gruft m. Auswurf), Bleichsucht, Syphilis, Hypochondrie, Asthma, Rückenmarkslähmung, Abzehrung, Nerven- u. allgem. Körperschwäche. Risten von 5 Flacons an a 1 1/2 Mk. excl. Versand. versendet mit Gebrauchsbaum. Hartung's Kumys-Anst. Berlin. Verlang. Genthinerstr. 7. Broschüren gratis. Autoritäten über Kumys-Kur gratis.

Eine kleine gelbe Hündin (Affenspinthier) ist hier zurückgeblieben.
B. Jaensch, Tunnel.
von einem Gehrling eine Handarbeit zu einer Schlummerrolle. Wiederbringer erhält gute Belohnung. Wo? sagt die Expedition der Pos. Zeitung.

1 möbl. Zimm. Part. oder 1. Etage in der Mühlen-, Königs- od. Friedrichsstraße wird z. 1. März gew. Offerten unter A. bitte b. Frn. Alb. Dümke, Wilhelmstraße 26, abzugeben.
Ein großer, heller, geheizter Arbeitsaal incl. Gasheizung, ist sof. oder vom 1. April d. s. zu vermieten, wo? zu erfragen in der Exped. dieser Ztg.

2 kleine Wohnungen vom 1. April St. Martin 4 zu vermieten.
Posthalterei 3 Treppen 1 möbl. Zimmer sofort zu vermieten.
3 große Keller sind sogleich zu vermieten Breite Straße 24.
Zwei möblirte, einzelne Zimmer oder beide zusammen sind sofort zu vermieten Wasserstr. 8/9, 2 Tr.

Ein gut möblirtes 2fenstr. Zimmer mit separatem Eingang ist pr. 15. Febr. oder 1. März Lindenstr. 6, im 2. Stock zu vermieten. Näheres daselbst rechts.

Umgehender ist 1 Wohn., best. aus 2 Z., Küche nebst Zubeh. vom 1. März od. 1. April billig zu verm. Näheres Sandstr. 8 3 Tr., im Vorderhause.

Elegante Wohnung
von 4 selten großen Zimmern u. allem Zubeh. 1. Stock für 260 Thlr. sofort od. v. 1. April c. ab Graben Nr. 22 zu vermieten.

Nr. 69 in der Wilhelmstr. zu Gnesen
ist ein geräumiger Laden nebst Aus- schank-Konfess., 2 angrenzenden Wohnzimmern und Küche, sowie ein Pferdestall zu 6 Pferden, 1 Getränkeller, 1 Kellerstube nebst ausreichendem Hofraum vom 1. Mai 1877 zu vermieten.

A. Spritz,
Gnesen.

Gesucht
sind 2 Parterrezimmer in der Gegend von Gr. Ritterstr., Bismarck- und Berlinerstr. Offerten unter K. K. 44 in der Expedition.

Ein massiver Getreidespeicher zu 3 Schüttungen in Moschin, im besten Zustande, ist vom 1. April d. s. zu vermieten bei
Isidor Hopp, Moschin.

1 Commis u. 1 Lehrling
von hier finden per 1. April Stellung
Wilh. Neuländer,
Posen.

Zum sofortigen Antritt findet für mein Kolonial-, Wein- und Cigarren-Geschäft ein gewandter
Commis,
der der deutschen und polnischen Sprache mächtig ist, dauernd Stellung. Persönliche Vorstellung erwünscht.
H. Zemlersky,
Gnesen.

Wir suchen für **Posen** einen gut empfohlenen und mit den Platzverhältnissen genau bekannten (H. 5563)
Vertreter.

Lindau & Winterfeld
Magdeburg,
Cigarren-Manufactur.
Eine tüchtige, evang.

Wirthin
mit guten Empfehlungen wird zum 1. April c. gesucht. Gehalt 210 M. pro Jahr. Dieselbe muß auch gut kochen können.
Coppenno, den 13. Febr. 1877.
F. Wirth.

Für mein Destillations-Geschäft suche ich zum sofortigen Antritt einen
Lehrling
beliebiger Konfession.
S. Hirschberg, Gnesen.

Bither-Unterricht
Felix Loehr,
Bithelerlehrer,
Mühlenstraße 29.

Eine gebildete Dame, welche mit allen Zweigen der Land- und Hauswirtschaft gut vertraut ist, sowie die Oberaufsicht der Kinder übernimmt, wünscht vom 1. April d. s. Stellung.
Offerten erbeten unter D. P. an die Exped. der Pos. Ztg.

Ein solider unv. Gärtner findet vom 1. März ex. ab Unterkommen in Dom. Paulsdorf bei Klefko, Kr. Gnesen. Gehalt nach Uebereinkommen.

Für ein Damen-Konfektions-Geschäft wird eine tüchtige Zuschneiderin gesucht. Offerten werden unter J. E. 100 postlagernd erbeten.

Ein erfahrener Buchhalter wird für ein Fabrikgeschäft gesucht. Reflektanten belieben ihre Adresse mit Angabe der bisherigen Thätigkeit unter Chiffre **P. S. 789** postlagernd Bromberg einzusenden.

Für Ostern oder Johannis d. s. sucht ein energischer junger Landwirth (militärfrei und beider Landessprachen vollk. mächtig) Stellung als erster Beamter oder zur Verwaltung eines größeren Vorwerkes. Offerten erbitte man unter Chiffre **C. M.** postlagernd Posen einzusenden.

Ein Landwirth, 5 J. beim Fach, beider Landessprachen mächtig, sucht per 1. April od. bald Stellung unter Leitung des Prinzipals od. als 2. Beamter. Off. unter **M. M.** werden postl. Storch-nest erbeten.

Für ein hiesiges Kurzwaaren-Engros-Geschäft wird ein mit dieser Branche vollständig vertrauter junger Mann, der auch schon für ein solches gereist hat, per April gesucht. Näheres durch **Julius Ephraim, Große Gerberstraße Nr. 17.**

Einen Konditor-Gehlfen sucht möglichst bald
H. Neugebauer.

Ein junger Mann, der die Landwirthschaft erlernen, fleißig u. thätig sein will, wird ohne Pensionzahlung angenommen.
Meldungen unter **A. S. 10** an die Expedition der Posener Zeitung.

Forstlehrling.
Für meinen Sohn, groß und stark, suche ich bei einem tüchtigen strengen Förster eine Lehrlingsstelle, auf Verlangen geringes Kost- oder Bezahlgehalt, Antritt sogleich.

Meßlin, Gutsbej.,
Herzberg, Kreis Dramburg, Pommern.
Ein mit sämtlichen Komptoirarbeiten vertrauter junger Mann sucht per sofort Stellung. Gefällige Off. sub. Z. d. J.

tüchtigen Expedienten
für mein Schankgeschäft.
Wilhelm Latz,
Bronkerstraße 4.
Geübte Schneiderinnen können sich melden b. Frau M. Barber, Büttelstr. Nr. 2 im 2. St.

Gewandte Stubenmädchen finden den guten Stellen durch das Bureau **Wilhelmsplatz 17.**
Erfahrene Antwirthinnen sind dort zu haben.
Anders-Nietzschowka.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Frä. Emmy Keibel mit H. Georg v. Schießen in Schwargen-see u. Pasewalk. Frä. Marie Sparte mit Frn. Karl Strelow in Montan-see u. Ringenwalde. Frä. Anna von Hallera mit Gutsb. Emil Hübler in Tilsendorf b. Bunzlau. Frä. Helene Schlarbaum mit Frn. Paul Fontaine in Annahof u. Neuhof. Frä. Hedwig Schindler mit Rfm. Otto Rodtrock in Frankfurt u. Köln.

Verheiratet: Kreisrichter Philipp Schmidt mit Frä. Hedwig Schönborn in Breslau. Herr Karl Dietrich mit Frä. A. Swoboda in Neobant i. Pommern. Breslau. Dr. Paul Philipp mit Frä. Henriette Lippert in Berlin.

Geboren. Ein Sohn: Herrn G. v. Wensky in Breslau. Major a. D. Roch in Oest. Aud. Groß in Wlm. Dr. Koefler in Hannover. Landgr. Alf. Paul Daniel in Koblenz. Herrn Alb. Heß in Berlin. Frn. Riesel, Frn. Otto Goldammer in Berlin. Eine Tochter: Frn. Leop. v. Wensky in Grünberg. Hauptm. Baron v. Rheinbaben in Düsseldorf.

Gestorben: Herrn. Frau Kath. Kiehlhofer geb. Wolf, in Dels i. Schl. Justizr. Meyer in Bromberg. Bezirksgerichtsassessor Otto Rietzsch in Dresden. Frau Louise von Trebra geb. von Bock, in Arcola. Frau Charlotte Krause geb. v. Arend in Schwarm-peln. Frau Wittmeister Hedwig von Hagen, geb. Golde, in Reg. Hauptmann von Scheve Sohn Bittler in Moschowitz. Frau Eisenbahn-Stationär Auguste Krause, geb. Bengner, in Berlin. Gärtner George Friedrich August Gramms in Berlin. Herr Emil Basse in Berlin. Frau Charlotte Weidlandt, geb. Friedbrich, in Berlin. Bädermeister Heinrich Grün in Charlottenburg. Kaufmann Frä. Weidenhammer in Baruth. Rummernikus a. D. Karl Fischer Tochter Anna in Rudelsdorf.

Freunde der Wissenschaft und Geselligkeit.
Sonntag den 17. Februar, Abends 8 Uhr:

Theater und Kränzchen.
B. Heilbronn's Salon-Theater.
Täglich Vorstellung u. Concert.

Restaurant Tunnel.
Heute und die folgenden Tage
Streich-Concert
und Auftreten der Wiener Singspiel- und Theatertruppe **Jean Pawlowski,** sowie der Gesangs- und Pianofortist **Fräul. Zoser.**
Anfang 7 Uhr. Entree 25 Pf.

Interims-Theater.
Freitag den 16. Februar. Benefiz für Fräulein **Marie Ebert.**
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. (Gefangs- u. Posten in 3 Akten (7 Bildern) von G. Sallinger. Musik v. G. Lehmann.)
Die Direction.

Gnesen.
Theater-Anzeige.
Den vielfach an mich ergangenen Aufforderungen, mit meiner Theater-Gesellschaft in Gnesen wöchentlich eine Vorstellung zu geben, Folge lassend, theile ich dem geehrten Publikum die daß Mittwoch den 21. Februar die erste Vorstellung im Saale des Hotel Europe stattfinden wird, und zwar die **Europäische Lustspiele in 4 Akten** von Julius Rosen. Nummerierte Billets sind von Sonntag den 17. Februar ab bei Herrn A. Werner, Wilhelmstraße, zu lösen.

Die Direction.
A. Schaefer.

Zu der am Freitag den 16. d. Mts. stattfindenden Benefiz-Vorstellung:
„Die Reise durch Berlin in 80 Stunden“
ladet ergebenst ein

Marie Ebert.